

Rundbrief 1-2016

Brief der Geschäftsführerin

Veranstaltungen

- 4 Geschäftsstelle
- 7 Zweigstellen

Publikationen

- 12 Zeitschrift OSTEUROPA
- 16 Zeitschrift OSTEUROPA-RECHT
- 20 Länder-Analysen

Mitglieder

- 24 Protokoll der Mitgliederversammlung
- 28 Klaus-Mehnert-Preis
- 30 Personalien
- 30 Veröffentlichungen
- 32 Mitgliederstatistik
- 34 Mitgliederbefragung

Aktuelles aus der Osteuropaforschung

- 36 Osteuropa-Kolleg NRW
- 36 Cologne Centre for Central and Eastern Europe (CCCEE)

Veranstaltungsberichte

- 38 Zivilgesellschaftliche Emanzipation in der Türkei und der Ukraine
- 41 The Pan-Orthodox Council of 2016: A New Era for the Orthodox Church?
Interdisciplinary Perspectives
- 45 Medien, Politik und Gesellschaft
Osteuropa und der Strukturwandel der Öffentlichkeit
- 53 Polen, die PiS und das Recht
- 57 „Keinerlei gesundheitliche Gefährdungen“
Tschernobyl, die Stasi und die Rolle der Umweltbewegungen
- 59 Deutschland und Zentralasien: Interessen und Erwartungen
- 62 Ukraine: Economic Reforms and Foreign Affairs

Impressum

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder,

der deutsche OSZE-Vorsitz steht unter dem Motto „Dialog erneuern, Vertrauen neu aufbauen, Sicherheit wieder herstellen“. Dialog, Vertrauen und Sicherheit sind sowohl innerhalb der Grenzen der Europäischen Union als auch im gesamteuropäischen Kontext zunehmend gefährdet. Ausdruck und gleichzeitig Motor dieser Entwicklung ist das wachsende Misstrauen in die Medien. Das Wechselverhältnis von Medien, Politik und Gesellschaft stand im Zentrum unserer Jahrestagung im März. Dabei ging es um das Spannungsverhältnis der scheinbar entgrenzten digitalen Welt und ihrem gleichzeitigen Zerfall in Teilöffentlichkeiten, die nebeneinander, nicht miteinander kommunizieren. Sie bieten ständig wachsende Kommunikationsräume für populistische Bewegungen. Dass sich dabei geographische Räume und Kommunikationsräume nicht zwangsläufig überlappen, zeigt einmal mehr, dass wir in unserer Auseinandersetzung mit dem östlichen Europa Referenzpunkte und Koordinaten immer wieder neu definieren müssen.

Mit dem Populismus beschäftigt sich auch das Themenheft der Zeitschrift OSTEUROPA über die „Konservative Revolution in Polen“. Die Beiträge analysieren die wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Hintergründe für den Rechtsruck in Polen. Deutlich wird dabei, dass die Entwicklungen in Polen nicht isoliert betrachtet werden können. Die Angriffe auf die Verfassung und ihre Gerichtsbarkeit, auf Medienfreiheit und kulturelle Vielfalt nehmen auch in anderen ostmittel- und osteuropäischen Staaten zu. Dass der Ruf nach mehr staatlicher Souveränität mit einer zunehmenden Diskreditierung der Europäischen Union und ihrer Institutionen einhergeht, lässt sich allerdings als gesamteuropäisches Phänomen beobachten. Die Entwicklungen in Polen machen damit umso deutlicher, was auf dem Spiel steht.

Im Mai erschien die hundertste Ausgabe der Zentralasien-Analysen, die von der DGO gemeinsam mit der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen herausgegeben werden. Die DGO nahm dieses Jubiläum zum Anlass, gemeinsam mit einigen Kooperationspartnern eine Tagung zu den Interessen und Erwartungen unterschiedlicher deutscher Institutionen an die zentralasiatischen Staaten zu veranstalten. Das Spektrum der beteiligten Personen und Positionen reichte von der Politik über Wirtschaft



Gabriele Freitag
Geschäftsführerin
DGO

und Zivilgesellschaft bis in die Wissenschaft. Entgegen der Annahme, dass nach den politisch-strategischen und unternehmerischen Initiativen der letzten Dekade das Interesse an der Region zunehmend erlahmt, zeigte die hohe Teilnehmerzahl, dass es einen großen Bedarf an Information und Austausch über Zentralasien gibt. Weitere Informationen über die Veranstaltungen und Publikationen der DGO in der ersten Jahreshälfte sowie die Planungen für den Herbst und Winter finden Sie auf den folgenden Seiten.

Auch über Veranstaltungen und Publikationen hinaus war die DGO im letzten halben Jahr aktiv. Seit dem vergangenen Jahr ist sie Mitglied des Petersburger Dialogs und inzwischen in den Arbeitsgruppen Politik, Bildung und Wissenschaft sowie Medien vertreten. Um den Dialog in unserer eigenen Gesellschaft zu verbessern, haben wir im Mai eine Mitgliederbefragung durchgeführt, an der sich rund 20 Prozent unserer Mitglieder beteiligt haben. Eine Auswertung dieser Befragung ebenso wie eine ausführliche Mitgliederstatistik finden Sie ebenfalls in diesem Rundbrief.

Ich wünsche Ihnen eine gute Lektüre,

Ihre





DGO-Jahrestagung 2016
Foto: Angelika Stehle

Veranstaltungen

Geschäftsstelle: Vorschau

Datum / Ort	Titel	
5. September 2016, Berlin	Podiumsdiskussion Am Haus bauen, während es brennt? Der deutsche OSZE-Vorsitz zwischen Reformdruck und Krisenmanagement	In Kooperation mit der Friedrich- Naumann-Stiftung für die Freiheit
22.–24. September 2016, Regensburg	Fachtagung Recht Ist die Transformation gelungen? Eigentum und Eigentumsordnung im postsozialistischen Europa	In Kooperation mit dem Institut für Ostrecht München (IOR) im Wissen- schaftszentrum Ost- und Südosteuropa Regensburg (WiOS)
7.–9. Oktober 2016, Berlin	Fachtagung Slavistik Russland und / als Eurasien: Kulturelle Konfigurationen	
14.–15. Oktober 2016, Berlin	Fachtagung Wirtschaft World Economy and Comparative Development in Eastern Europe	In Kooperation mit dem Osteuropa- Institut der Freien Universität Berlin (OEI)
1.–4. Dezember 2016, Berlin	Konferenz, Konzert, Filmreihe Utopie und Gewalt. Werk und Wirkung des Schriftstellers Andrej Platonow (1899–1951)	In Kooperation mit dem Literaturhaus Berlin, dem Suhrkamp Verlag, der Welt- lesebühne e. V. und dem Zeughauskino im Deutschen Historischen Museum

Geschäftsstelle: Rückschau

Datum / Ort	Titel	
27.–28. Januar 2016, Frankfurt (Oder)	13. Frankfurter Medienrechtstage Mediengenossenschaften. Strategie zur Stärkung des unabhängigen Journalismus in Ost- und Südosteuropa	In Kooperation mit dem Studien- und Forschungsschwerpunkt Medienrecht der Juristischen Fakultät der Europa- Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

Datum / Ort	Titel	
9. Februar 2016, Berlin	Podiumsdiskussion Zivilgesellschaftliche Emanzipation in der Türkei und der Ukraine	In Kooperation mit dem German Marshall Fund of the United States (GMF) (Veranstaltungsbericht auf Seite 38)
25.–27. Februar 2016, Erfurt	Fachtagung Religion The Pan-Orthodox Council of 2016: A New Era for the Orthodox Church? Interdisciplinary Perspectives	In Kooperation mit der Professur Ortho- doxes Christentum, Universität Erfurt (Veranstaltungsbericht auf Seite 41)
10.–11. März 2016, Mainz	Jahrestagung Medien, Politik und Gesellschaft. Osteuropa und der Strukturwandel der Öffentlichkeit	In Kooperation mit dem Arbeitsbereich Osteuropäische Geschichte an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz und dem Zweiten Deutschen Fernsehen (Veranstaltungsbericht auf Seite 45)
7. April 2016, Berlin	Podiumsdiskussion Polen, die PiS und das Recht	(Veranstaltungsbericht auf Seite 53)
20. April 2016, Berlin	Podiumsdiskussion „Keinerlei gesundheitliche Gefährdungen.“ Tschernobyl, die Stasi und die Rolle der Umweltbewegungen	In Kooperation mit dem Bundesbeauf- tragten für die Unterlagen des Staatssi- cherheitsdienstes der ehemaligen Deut- schen Demokratischen Republik (BStU) und dem Internationalen Bildungs- und Begegnungswerk (IBB) (Veranstaltungsbericht auf Seite 57)
31. Mai 2016, Berlin	Tagung Deutschland und Zentralasien: Interessen und Erwartungen	In Kooperation mit der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (FSO), dem Ost-Ausschuss der Deut- schen Wirtschaft und der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) (Veranstaltungsbericht auf Seite 59)
1.–5. Juni 2016, Wien	14. Ostblick-Kongress Mensch und Umwelt im östlichen Europa	In Kooperation mit Ostblick – Initiative OsteuropaStudierender Deutschland e. V.
17.–18. Juni 2016, Berlin	Tagung Mehr als nur Blau-gelb: Region und Nation in der Geschichte der Ukraine	In Kooperation mit dem Verband der Osteuropahistorikerinnen und Osteuropa- historiker e. V., der Deutsch-Ukrainischen Historikerkommission sowie dem Deut- schen Historischen Institut Warschau

Datum / Ort	Titel	
20.–21. Juni 2016, Berlin	Kiewer Gespräche Neu gegen Alt: Die Ukraine im Wandel	In Kooperation mit dem Europäischen Austausch, der Heinrich-Böll-Stiftung, der International Renaissance Foundation und weiteren Partnern
23. Juni 2016, Berlin	Podiumsdiskussion Ukraine: Economic Reforms and Foreign Affairs	In Kooperation mit dem Deutsch-Ukrainischen Forum e. V. (Veranstaltungsbericht auf Seite 62)
28. Juni 2016, Berlin	Gesprächskonzert Dialog mit Bach im Gulag. Vsevolod Zaderatskys 24 Präludien & Fugen Jascha Nemtsov spielt und erklärt Bach, Schostakowitsch und Zaderatsky	
	BBUI Lecture Series Constructing Eastern Europe. Geographies of Power in the 20th and 21st Centuries	Vortragsreihe in Kooperation mit dem Forum Transregionale Studien und der Berlin-Brandenburg Ukraine Initiative (BBUI)
16. März 2016, Berlin	Vortrag von Nataliya Gumenyuk The Ukrainian Donbas. The War and its Aftermath	
14. April 2016, Berlin	Vortrag von Ilya Kalinin Russkij Mir (Russian World). A Chronotope of the Lost Imperia	
28. April 2016, Berlin	Vortrag von Olesya Khromeychuk Negotiating Protest Spaces on the Maidan. A Gender Perspective	
12. Mai 2016, Berlin	Vortrag von Catherine Gousseff Austausch von Völkern. Die Vertreibung von Minderheiten im polnisch-sowjetischen Grenzgebiet	
16. Juni 2016, Słubice	Vortrag von Jan C. Behrends Gewaltkulturen im (post-)sowjetischen Raum. Der Ukrainekrieg und die Krise des russischen Staates (1979–2015)	

Zweigstellen: Rückschau

Datum / Ort	Titel	
Bamberg		
11. Mai 2016	Vortrag Generalsekretäre auf der Jagd. Wildnis und Naturschutz an der polnisch-weißrussischen Grenze	Prof. Dr. Thomas Bohn (Gießen)
8. Juni 2016	Vortrag Der Kalte Krieg im Äther: Musiksendungen auf Radio Majak zwischen Eigenständigkeit und Anpassung	Kristina Offterdinger (Freiburg)
Bochum		
20. Januar 2016	Vortrag Geschwindigkeit vs. Langsamkeit, Oberfläche vs. Tiefe: Der neue russische Film auf der Suche nach einem nationalen Idiom	Prof. Dr. Oksana Bulgakowa (Mainz)
10. Februar 2016	Vortrag Räume der Gewalt	Prof. Dr. Jörg Baberowski (Berlin)
Bremen		
20. Juni 2016	Vortrag Zeitreisen. Repräsentationen des Staatssozialismus im kommerziellen Städtetourismus in Prag, Warschau und Bratislava	Dr. Sabine Stach (Warschau)
Dresden		
7.–8. April 2016	8. Wissenschaftstagung Sachunmittelbare Demokratie im interdisziplinären und internationalen Kontext 2015/2016. Versammlungsdemokratie in Mittel- und Osteuropa	
27. Juni 2016	Vortrag Russen in Hollywood	Prof. Dr. Norbert Franz (Potsdam)

Datum / Ort	Titel	
30. Juni 2016	Vortrag Die Deutschlandpolitik in der Perestrojka in ihrer Selbstdarstellung	PD Dr. Franziska Schedewie (Jena)
Erlangen / Nürnberg		
3. Mai 2016	Vortrag Die Rückkehr sowjetischer Andersdenkender als transnationales Ereignis (1986–1994)	Dr. Manfred Zeller (Bremen)
7. Juni 2016	Vortrag TV-Optik der Perestroika. Das sowjetische Kino der 1985–1990er Jahre im Prisma der Fernsehomotive	Maria Zhukova (Konstanz)
Freiburg		
12. Januar 2016	Vortrag Ohne Recht auf die Macht. Ostgalizien als Feuerstelle des radikalen ukrainischen Nationalismus (1848–1918)	Dr. Alexander Gogun (Berlin)
26. April 2016	Vortrag Neue Bauten für den Neuen Menschen. Konzepte zur Kollektivierung des Wohnens im 20. Jahrhundert	Dr. Arnold Bartetzky (Leipzig)
Jena		
15. Juni 2016	Vortrag Petr Pavlenskij und die Wirkungskraft des Verborgenen in der sakralen und politischen Kunst	Wladimir Velminski (Weimar)
Kiel		
21. Januar 2016	Vortrag Die Beziehungen EU-Russland zwischen Pipelines, Sanktionen und christlichen Werten. Ein journalistischer Blick auf die zunehmende gegenseitige Entfremdung	Andrey Gurkov (Bonn)

Datum / Ort	Titel	
Konstanz		
9. Mai 2016	Vortrag Sowjetisches Nürnberg? Die Verurteilung der Täter des Großen Terrors in der Ukraine 1938–1941	Dr. Marc-Stephan Junge (Bochum)
19. Mai 2016	Vortrag Unter Männern. Frauen im ukraini- schen nationalsozialistischen Unter- grund 1929–1954	Dr. des. Olena Petrenko (Bochum)
München		
1. Februar 2016	Vortrag Kommunismus als Weltgeschichte	Gerd Koenen (Frankfurt a. M. / Jena)
4. Februar 2016	Vortrag Russlands Wende nach Ostasien: Rhetorik oder Substanz?	Dr. Margarete Klein (Berlin)
10. Mai 2016	Vortrag Migration and Resettlement of Con- fiscated Cultural Property in Czechos- lovakia, 1938–1958. Pathways of Histo- ry and Hubs of Heritage in a Network of Memory and Forgetting	Cathleen M. Giustino (Auburn, AL)
17. Mai 2016	Vortrag TVPis statt TVP? Die aktuelle Umgestaltung des öffent- lich-rechtlichen Rundfunks in Polen	Prof. Dr. Katarina Bader (Stuttgart)
7. Juni 2016	Vortrag Michail Gorbatschow und das Ende der UdSSR: Geburtshelfer oder Toten- gräber?	Prof. Dr. Anke Hilbrenner (Bonn / Mün- chen)
14. Juni 2016	Vortrag Die Ukraine zwischen Ost und West Ein Land auf der Suche nach (s)einer Identität?	Prof. Dr. Guido Hausmann (Regensburg)

Datum / Ort	Titel	
21. Juni 2016	Podiumsdiskussion Wo steht Russland? Eine neue Ordnung für Europa und die Welt	Dr. Stefan Kornelius (München), Prof. Dr. Susanne Schattenberg (Bremen), Prof. Dr. Martin Schulze Wessel (München); Moderation: Stefanie Hajak (München)
29. Juni 2016	Vortrag Revolution in the Church: The Diocesan Assemblies of Clergy and Laity (Spring 1917)	Prof. Gregory Freeze (Brandeis)
4. Juli 2016	Vortrag Kommunismus als Weltgeschichte	Gerd Koenen (Frankfurt a. M. / Jena)

Tübingen

8. Februar 2016	Vortrag The Ukrainian Question in the Russian Empire	Prof. Dr. Aleksej Miller (St. Petersburg)
-----------------	--	---



DGO-Jahrestagung 2016
Foto: Angelika Stehle

Publikationen

OSTEUROPA



In Ausgabe 11–12/2015 zum Thema „Ausgeklinkt. Interventionismus in Russland und Ungarn“ geht es um Russlands Kriegsführung in Syrien und die vermeintlichen Beziehungen zwischen Islamischem Staat und Nordkaukasus. Zwei Beiträge widmen sich den Ursprüngen und Elementen der konsolidierten „illiberalen Demokratie“ in Ungarn. Im Mittelpunkt des Hefts stehen Analysen zur wirtschaftlichen Lage und zur Wirtschaftspolitik in Russland sowie den Rückwirkungen der EU-Sanktionen auf Ostmitteleuropa. Eine Trouvaille über Aleksandr Rodčenkos Illustrationen zu Vladimir Majakovskijs Liebespoem „Pro éto“ und eine Würdigung der Dynamik von Rodčenkos fotografischem Auge runden das Heft ab.

Das Heft hat 192 Seiten, 22 Abbildungen sowie eine Farbkarte zu Russlands Luftangriffen in Syrien. Mitglieder der DGO erhalten es zum Sonderpreis von 10,50 Euro (statt 15,-) zzgl. Porto.

Inhalt

Martin Malek

Kampf dem Terror?
Russlands Militärintervention in Syrien

Emil A. Souleimanov

Ein umkämpftes Dreieck
Russland, der Westen und der „Islamische Staat“

Krisztina Koenen

Orbánismus in Ungarn
Ursprünge und Elemente der „Illiberalen Demokratie“

László Seres

Der Wille zur Macht
Das System Orbán, die Flüchtlinge und Europa

DIE KULTUR DER WIRTSCHAFT**Roland Götz**

Der Pragmatismus hinter dem Getöse
Fiskal-, Geld- und Währungspolitik in Russland

Ewa Dąbrowska

Patriotische Wende?
Russlands Finanz- und Investitionspolitik

Monica Rütters

Essen als Politik
Weltoffenheit und Patriotismus im russischen Supermarkt

Hella Engerer

Gesamtwirtschaftlich unbedeutend
Ostmitteleuropa und die EU-Sanktionen gegen Russland

Alexander Libman

Vorausseilender Gehorsam
Russlands Sozialwissenschaften unter Druck

Anne Rennert

Berliner „Bärwerdung“
Rodčenkos Illustrationen zu Majakovskijs *Pro éto*

Bernhard Schulz

Die Dynamik des Auges
Rodčenko als Fotograf und Zeitschriftengestalter

Ende einer Ära

Karlheinz Kasper zum Dank

Karlheinz Kasper

Von Dostoevskij bis Sorokin
Russische Literatur in deutschen Erst- und Neuübersetzungen 2015



In Ausgabe 1–2/2016: „Gegen die Wand. Konservative Revolution in Polen“ beleuchten die Autorinnen und Autoren die autoritäre Wende in Polen seit Ende 2015. Sie analysieren die sozialstrukturellen Ursachen des Wahlsieges der Nationalkonservativen, nehmen den Verfassungskonflikt und das Rechtsverständnis der PiS unter die Lupe und betrachten den Konflikt um den öffentlichen Rundfunk im Lichte der langfristigen Entwicklung des polnischen Mediensystems. Hinzu kommen Analysen zu Sprache und Weltbild der PiS, zu Polens neuer Europapolitik und ein Vergleich zu Ideologie und Politik des herrschenden Fidesz in Ungarn.

Das Heft hat 254 Seiten und enthält zehn Karten sowie zahlreiche Abbildungen. Mitglieder der DGO erhalten es zum Sonderpreis von 16 Euro (statt 22,-) zzgl. Porto.

Inhalt

Jan-Werner Müller

Was heißt: Populismus an der Macht?

Reinhold Vetter

Gezeitenwechsel

Polens Rechte erobert die ganze Macht

Klaus Bachmann

Rebellen ohne Grund

Ursachen und Folgen des Wahlsieges der PiS

Kai-Olaf Lang

Zwischen Rückbesinnung und Erneuerung

Polens PiS und Ungarns Fidesz im Vergleich

Marta Bucholc, Maciej Komornik

Die PiS und das Recht

Verfassungskrise und polnische Rechtskultur

WELTBILDER

Dokumentation

„Die Kratokratie kämpft nicht um die Demokratie.“

Krzysztof Szczerski im Gespräch

Jadwiga Staniszkis

„Ein infantiler Autokratismus“

Kaczyński, die PiS und Polens Weg nach Osten

Karolina Wigura

Dämonologie

Polen vor vier verlorenen Jahren

Adam Krzemiński

Lingua tertii rei publicae

Die Sprache und das Weltbild der PiS

Katarina Bader, Tomasz Zapart

Polarisiert, politisiert und vielfältig

Polens Medien 27 Jahre nach dem Systemwechsel

Datenblatt

Medien in Polen

Agnieszka Kublik

Auf Linie gebracht

Polens öffentlich-rechtlicher Rundfunk unter PiS-Kuratel

Roman Pawłowski

Kulturkampf

Rechter Marsch durch die Institutionen

EUROPABILDER

Sławomir Sierakowski

Bravo, Kaczyński, molodec!

Die PiS betreibt das Geschäft Moskaus

Piotr Buras

Vor einer historischen Probe

Polens Europapolitik am Wendepunkt

Marek Cichocki

Polen neu denken

Europabild und Europapolitik der PiS

Jarosław Kuisz

Ende eines Mythos

Polen, Ostmitteleuropa und das Bild vom Westen

Anna Bachmann

Werte und Vorschriften

Das Sanktionsbesteck der EU-Institutionen

Joscha Schmierer

Europäische Fragmente

Vor dem Ende einer großen Erzählung?

Thomas Urban

Perspektivwechsel – in neun Bänden

„Deutsch-Polnische Erinnerungsorte“



In Osteuropa 3/2016, „Fallstudien. Ukraine, Russland, Tschechien“, geht es um Geschichtspolitik aller Art: um das Verbot kommunistischer Symbole in der Ukraine, um das Konzept der Russischen Welt aus Sicht der Russischen Orthodoxen Kirche, um Geschichte und Gegenwart des Georgsbändchens sowie um Russland-Karikaturen und Anti-Amerikanismus in Deutschland nach der Krim-Annexion. Weitere Themen sind die Polizeireform in der Ukraine, die Wahlen in der Slowakei sowie die „Internationale Beziehungen“ in Tschechien.

Das Heft hat 176 Seiten. Mitglieder der DGO erhalten es zum Vorzugspreis von 7 Euro (statt 10,-) zzgl. Porto.

Inhalt

Thomas Bremer

Diffuses Konzept
Die Russische Orthodoxe Kirche und die „Russische Welt“

Vera Demmel

Das Georgsband
Ruhmesorden, Erinnerungszeichen, Pro-Kreml-Symbol

Vít Beneš

Marginalität oder Selbstmarginalisierung?
„Internationale Beziehungen“: Wissenschaft, Politik und Wissenschaftspolitik in der Tschechischen Republik

Karin Rogalska

Mislungener Poker mit der Flüchtlingskrise
Die Parlamentswahlen in der Slowakei 2016

Katarzyna Woniak

Späte Anerkennung
Lokales Gedenken an die NS-Zwangsarbeit

UKRAINE – DIE ZUKUNFT DER VERGANGENHEIT

Florian Peters

Roter Mohn statt Rotem Stern
„Entkommunisierung“ der Geschichtskultur in der Ukraine

Gerhard Simon

Good Bye, Lenin!
Die Ukraine verbietet kommunistische Symbole

Cornelius Friesendorf

Polizeireform in der Ukraine
Probleme und Perspektiven

Felix Ackermann

Aktualisierte Gewalterfahrung
Litauens Geschichtspolitik und Russlands Ukrainekrieg

Ana Lena Werner

Anti-amerikanismus in Aktion
Linke, Rechte und „Querfront“ zur Ukraine

Lisa Bührmann

Modifizierte Stereotypen
Russland und die Krim-Annexion in der Karikatur

Ewa Dąbrowska

Sanktionen und „patriotische“ Wende
Russlands Industrie- und Investitionspolitik

Bestellungen

Bitte richten Sie Ihre Bestellung mit Angabe der Lieferadresse per Mail an osteuropa@dgo-online.org oder teilen Sie uns Ihre Bestellung telefonisch mit: 030/30 10 45 -81 /-82.

OSTEUROPA-RECHT



In OSTEUROPA-RECHT 4/2015 werden die unterschiedlichen Definitionen von Wahrheit im Zivilprozessrecht und im Strafprozessrecht behandelt. Die Beiträge von Herbert Küpper, Villu Kõve und Inga Järvekülg sowie Karol Weitz beleuchten den Wandel des Wahrheitsbegriffs im ungarischen, estnischen sowie polnischen Zivilprozess. Den Wahrheitsbegriff im ukrainischen Strafprozessrecht ermittelt Oksana Yaremko in ihrem Beitrag.

Sergey Markuntsov und Andrej Umansky beschäftigen sich mit den Änderungen der Straftatbestände des Besonderen Teils des Strafgesetzbuch der Russischen Föderation 2012 bis 2014. In einem Beitrag von Claus Luttermann und Pauline Wiese-Ptak geht es um europäisches und polnisches Bilanzrecht.

Die Ausgabe hat einen Umfang von 101 Seiten.

Inhalt

Herbert Küpper

Materielle Wahrheit im ungarischen Zivilprozess
de lege lata und de lege ferenda

Villu Kõve, Inga Järvekülg

Der Wahrheitsbegriff im estnischen Zivilprozess

Karol Weitz

Wahrheit und Wahrheitssuche im polnischen
Zivilprozess

Barbara Nita

The Adversarial System in Polish Criminal Proceedings.
An Analysis of the Amendments of 1 July 2015

Oksana Yaremko

Ascertaining the Truth in Ukrainian Criminal Procedure

Sergey Markuntsov, Andrej Umansky

Überhitzter Gesetzgeber. Änderungen der Straftatbestände des Besonderen Teils des Strafgesetzbuchs der Russischen Föderation 2012 bis 2014

Claus Luttermann, Paulina Wiese-Ptak

Europäisches und polnisches Bilanzrecht: Grundlagen,
System und Praxis nach der Richtlinie 2013/34/EU



In welchem Stadium sich die staatlichen Gebilde befinden, die sich über die Jahre von den Nachfolgestaaten Jugoslawiens und der Sowjetunion losgesagt haben, ist die zentrale Frage, der die Autoren in OSTEUROPA-RECHT 1/2016 nachgehen. Otto Luchterhandt (Transnistrien), Michael Geistlinger (Volksrepubliken Lugansk und Doneck), Goran Cobanov (Kosovo) und Lennart Bültermann (Abchasien und Südossetien) untersuchen, inwieweit stabile Herrschaftsordnungen und damit lebens- und funktionsfähige Staatswesen etabliert wurden.

Ein weiterer Schwerpunkt dieses Heftes ist die Rechtsentwicklung in Polen, die nach dem Wahlsieg der nationalkonservativen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) in das Blickfeld der deutschen Öffentlichkeit geraten ist. Die Beiträge von Ewa Łętowska, Aneta Wiewiórowska-Domagalska und Bogusław Banaszak beschäftigen sich dabei mit den Rechtsänderungen, die die Stellung des polnischen Verfassungsgerichts betreffen.

Die Ausgabe hat einen Umfang von 144 Seiten.

Inhalt

Otto Luchterhandt

Transnistrien vor und nach dem Regimewechsel in Kiew und Russlands Krim-Annexion

Michael Geistlinger

Die Volksrepubliken Lugansk und Doneck

Goran Cobanov

Kosovo

Lennart Bültermann

Abchasien und Südossetien

Ewa Łętowska, Aneta Wiewiórowska-Domagalska

A „good“ Change in the Polish Constitutional Tribunal?

Bogusław Banaszak

The Changes to the Act on the Constitutional Tribunal and the Changes in the Make-up of the Constitutional Tribunal in Poland

Marina M. Kurjačaja

Elektronische Demokratie im heutigen Russland: Schaffung, Entwicklung, Perspektiven



In Ausgabe 2/2016 wird die Auseinandersetzung mit de facto-Regimen fortgesetzt. Dabei geht es um die privatrechtlichen und völkerrechtlichen Aspekte. Ein weiteres wichtiges Thema ist die Stellung der Richterschaft in Ungarn. Eine vergleichende Analyse widmet sich der deutschen und ungarischen Justiz. Den Autoren Attila Badó und Ulrich Ernst geht es nicht nur um die Darstellung und Hervorhebung der Unterschiede oder Scheinähnlichkeiten. Ein Instrumentarium zur Analyse der jüngsten Ereignisse muss entwickelt werden, um das Geschehen in vielen Ländern Europas präzise analysieren zu können.

Das Familienrecht ist sehr stark von Emotionen beladen. Am Beispiel des Übereinkommens zur Kindesentführung geht es um die Stellung von Ausländern vor polnischen und deutschen Gerichten.

Weitere Themen sind die für Unternehmer wichtige Freizeichnungsklauseln aus deutscher und polnischer Perspektive, die Entwicklungen im Erbrecht sowie das Problem der Architektenverträge.

Die Ausgabe hat einen Umfang von 125 Seiten.

Inhalt

Katażyna Mikša

Consequences of Non-Recognition of State in Private International Law from the Polish Perspective

Milena Ingelevič-Citak

International Status and Legal Capacity of Unrecognized "States" from the Standpoint of International Public Law

Attila Badó, Ulrich Ernst

Einflussmöglichkeiten auf die Richterschaft in Ungarn im Lichte der Lage in Deutschland

Ilona Schütz, Leonard Krippner, Monika Schmatloch

Stellung der Ausländer vor Gericht
Eine rechtsvergleichende Betrachtung der Umsetzung des Haager Übereinkommens über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung (HKÜ) vor deutschen und polnischen Gerichten

Lars Leuschner

Die Zulässigkeit vertraglicher Haftungsbeschränkungen in Deutschland und Polen

Anna Paluch

Gewährleistung oder Beschränkung der Testierfreiheit – Über die Unzulässigkeit der gemeinschaftlichen Testamente im polnischen Erbrecht

Elwira Macierzyńska-Franaszczyk

Architect Design Contract under Polish Law

Maike Tallen, Pawel Kuglarz

(Vor-)insolvenzliche Sanierungsverfahren
Ein Vergleich zwischen dem polnischen und dem deutschen Recht

Bestellungen

Bitte richten Sie Ihre Bestellung mit Angabe der Lieferadresse per Mail an den Berliner Wissenschafts-Verlag: bwv@bwv-verlag.de. Einzelhefte der Osteuropa-Recht kosten 22,00 Euro (für Mitglieder der DGO 16,00 Euro), ein Jahresabonnement kostet 76,00 Euro (für Mitglieder der DGO 57,00 Euro) zzgl. Versandkosten.



Foto: Angelika Stehle

Länder-Analysen

Die DGO ist Mitherausgeberin eines Verbunds von Länder-Analysen, die aktuelle Analysen, Fakten und Chroniken der Entwicklungen in Osteuropa, im Kaukasus und in Zentralasien bieten.

Alle Analysen sind unter www.laender-analysen.de kostenlos zugänglich.

Belarus-Analysen

Belarus-Analysen Nr. 25 (02.03.2016)

[Das Ende der EU-Sanktionen](#)

[Die wirtschaftliche Lage](#)

[Rentenreform](#)

Belarus-Analysen Nr. 26 (05.04.2016)

[Die Sanktionspolitik der EU](#)

Polen-Analysen

Polen-Analysen Nr. 174 (19.01.2016)

[Aktuelle politische Entwicklungen](#)

Polen-Analysen Nr. 175 (02.02.2016)

[Polnische Energie- und Klimapolitik](#)

Polen-Analysen Nr. 176 (16.02.2016)

[Nowoczesna – Die Moderne](#)

Polen-Analysen Nr. 177 (01.03.2016)

[Minderheiten in Polen](#)

Polen-Analysen Nr. 178 (15.03.2016)

[Die polnische Flüchtlingsdebatte](#)

Polen-Analysen Nr. 179 (05.04.2016)

[Polnische Sorgen um die Verfassung des Landes](#)

Polen-Analysen Nr. 180 (19.04.2016)

[25 Jahre Partnerschaft I](#)

Polen-Analysen Nr. 181 (03.05.2016)

[25 Jahre Partnerschaft II](#)

Polen-Analysen Nr.182 (17.05.2016)

[25 Jahre Partnerschaft III](#)

Polen-Analysen Nr.183 (07.06.2016)

[25 Jahre Partnerschaft IV](#)

Polen-Analysen Nr. 184 (21.06.2016)

[Eine Protestbewegung in Polen](#)

Polen-Analysen Nr. 185 (05.07.2016)

[Polen und der NATO-Gipfel](#)

Russland-Analysen

Russland-Analysen Nr. 307 (18.12.2015)

[Putins Bericht zur Lage der Nation](#)

[Russlands Bankensystem](#)

Russland-Analysen Nr. 308 (22.01.2016)

[Deutsche und russische Meinungsumfragen](#)

Russland-Analysen Nr. 309 (05.02.2016)

[Russlands Syrienintervention](#)

Russland-Analysen Nr. 310 (19.02.2016)

[Unternehmenskultur\(en\) in Russland](#)

Russland-Analysen Nr. 311 (04.03.2016)

[Gesundheitswesen](#)

Russland-Analysen Nr. 312 (18.03.2016)

[Russland im Südkaukasus](#)

Russland-Analysen Nr. 313 (08.04.2016)

[Russland – die innere Entwicklung](#)

Russland-Analysen Nr. 314 (22.04.2016)

[Russland und die europäische Sicherheit](#)

Russland-Analysen Nr. 315 (06.05.2016)

[Russland und die Türkei](#)

Russland-Analysen Nr. 316 (20.05.2016)

[Der Islam in Russland](#)

Russland-Analysen Nr. 317 (03.06.2016)
 Russlands Medienarbeit im Ausland

Russland-Analysen Nr. 318 (17.06.2016)
 Die soziale Lage in den Regionen

Russland-Analysen Nr. 319 (01.07.2016)
 Die Dumawahlen am 18. September
 Die Fußball-EM und Hooligans

Russland-Analysen Nr. 320 (15.07.2016)
 Perspektiven russischer Politik

Ukraine-Analysen

Ukraine-Analysen Nr. 162 (27.01.2016)
 Assoziierungsabkommen mit der EU

Ukraine-Analysen Nr. 163 (10.02.2016)
 Zehn Jahre Ukraine-Analysen

Ukraine-Analysen Nr. 164 (24.02.2016)
 Parteienfinanzierung, Oligarchen, Humanitäre Lage
 Die Ukraine-Krise im Fokus von MSC 2016

Ukraine-Analysen Nr. 165 (09.03.2016)
 Regierungskrise
 Anti-Korruptionsinitiativen

Ukraine-Analysen Nr. 166 (13.04.2016)
 Aktuelle Wirtschaftssituation
 LGBT
 Sawtschenko-Urteil

Ukraine-Analysen Nr. 167 (27.04.2016)
 Das Ministerkabinett von Wolodymyr Hrojsman
 Referendum in den Niederlanden
 30 Jahre seit der Tschernobyl-Katastrophe
 Menschenrechtssituation auf der Krim

Ukraine-Analysen Nr. 168 (11.05.2016)
 Agrarhandel

Atompolitik
 Aktuelle Wirtschaftsdaten

Ukraine-Analysen Nr. 169 (25.05.2016)
 Quo Vadis: Zwei Jahre Poroschenko
 Oligarchen im Forbes-Rating 2016
 Jamalas Sieg beim Eurovision Song Contest
 Freilassung von Nadija Sawtschenko

Ukraine-Analysen Nr. 170 (15.06.2016)
 Justizreform
 Wärmeversorgung
 Gesundheitswesen
 Aktuelle Sozialdaten

Ukraine-Analysen Nr. 171 (30.06.2016)
 Volontärorganisationen im Donbass-Konflikt
 Soziales Milieu der Milizkommandeure
 Debatte über eine bewaffnete OSZE-Mission
 Humanitäre Lage

Zentralasien-Analysen

Zentralasien-Analysen Nr. 96 (18.12.2015)
 Die weltweit erste Bank für schwach angereichertes
 Uran in Kasachstan

Zentralasien-Analysen Nr. 97 (29.01.2016)
 Stabilität in Zentralasien

Zentralasien-Analysen Nr. 98 (26.02.2016)
 Turkmenistans Beziehungen zu Afghanistan

Zentralasien-Analysen Nr. 99 (01.04.2016)
 Polizeireform in Kirgistan
 Parlamentswahlen in Kasachstan

Zentralasien-Analysen Nr. 100 (29.04.2016)
 Chinesische Zentralasienforschung

Zentralasien-Analysen Nr. 101 (27.05.2016)
[Verflechtung von Kleinkriminalität und gewaltbareitem Extremismus in Kasachstan](#)

Zentralasien-Analysen Nr. 102 (30.06.2016)
[Expansion chinesischer Landwirtschaftsbetriebe nach Tadschikistan](#)

Caucasus Analytical Digest

Caucasus Analytical Digest No. 80 (16.02.2016)
[Monuments of Memory](#)

Caucasus Analytical Digest No. 81 (22.02.2016)
[Religious Minorities](#)

Caucasus Analytical Digest No. 82 (20.03.2016)
[Foreign Direct Investment](#)

Caucasus Analytical Digest No. 83 (21.04.2016)
[Low Oil Prices: Economic and Social Implications for Azerbaijan](#)

Caucasus Analytical Digest No. 84 (14.06.2016)
[Karabakh Conflict](#)

Russian Analytical Digest

Russian Analytical Digest No. 177 (08.12.2015)
[Information Warfare](#)

Russian Analytical Digest No. 178 (11.01.2016)
[US-Russian Relations](#)

Russian Analytical Digest No. 179 (12.02.2016)
[Russia-Turkey Relations](#)

Russian Analytical Digest No. 180 (23.03.2016)
[Economic Crisis](#)

Russian Analytical Digest No. 181 (06.04.2016)
[Corporate Social Responsibility](#)

Russian Analytical Digest No. 182 (20.04.2016)
[Political Economy](#)

Russian Analytical Digest No. 183 (03.05.2016)
[Competition or Coordination?](#)

Russian Analytical Digest No. 184 (24.05.2016)
[Russian Food Policy](#)

Russian Analytical Digest No. 185 (20.06.2016)
[Climate Change](#)



DGO-Jahrestagung 2016
Foto: Angelika Stehle

Mitglieder

Protokoll der Mitgliederversammlung

10. März 2016

14.00 bis 16.30 Uhr im Erbacher Hof,

Haus am Dom, Liebfrauenplatz 8, 55116 Mainz

Protokoll: Dr. Gabriele Freitag

Fotos: Kristin Kahlhöfer

1. Verabschiedung des Protokolls der Mitgliederversammlung vom 26. März 2015

Der Präsident der DGO, Ruprecht Polenz, begrüßte die anwesenden Mitglieder. Er stellte fest, dass die Einladung zur Mitgliederversammlung fristgemäß an die Mitglieder versandt wurde und fragte, ob es Wünsche zur Änderung der Tagesordnung gäbe. Dies war nicht der Fall.

Ruprecht Polenz bat um ein kurzes Gedenken an die im Jahr 2015 verstorbenen Mitglieder der Gesellschaft:

Dr. Liliana Djeković-Sachs, München;
verstorben am 11. Juni 2015

Dietrich Möller, Bruchhausen;
verstorben am 25. Oktober 2015

Im Anschluss daran bat er um Verabschiedung des Protokolls der letzten Mitgliederversammlung, das im Rundbrief 1/2015 der DGO veröffentlicht wurde. Es gab keine Änderungswünsche seitens der Mitglieder.

2. Tätigkeits- und Finanzbericht für das Jahr 2015

Den Mitgliedern wurde vor der Mitgliederversammlung ein Tätigkeits- und Finanzbericht ausgehändigt.

Dr. Gabriele Freitag berichtete über die Aktivitäten der Geschäftsstelle im vergangenen Jahr und stellte eine Analyse der Mitgliederstruktur der DGO vor [s. Rundbrief S. 32]; Dr. Manfred Sapper und Prof. Dr. Caroline von Gall berichteten über die Publikationen und weiteren Aktivitäten der Zeitschriftenredaktionen OSTEUROPA und OSTEUROPA-RECHT [siehe Geschäftsbericht und Rundbriefe 2015] und über die Planungen für das Jahr 2016. Das Geschäftsführende Vorstandsmitglied, Prof. Dr. Sebastian Lentz, trug den Finanzbericht vor.

3. Bericht der von der Mitgliederversammlung bestellten Rechnungsprüfer für das Haushaltsjahr 2015

Christian Meier und Dr. Manuela Troschke hatten am 17. Februar 2016 die Rechnungsprüfung in den Räumen der Geschäftsstelle der DGO durchgeführt. Dr. Manuela Troschke trug den Bericht der Rechnungsprüfer vor und stellte fest, dass die Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel in Übereinstimmung mit dem Zweck der Gesellschaft sowie eine sachgerechte Verbuchung der Mittel erfolgte. Schriftliche Kommentare und Begründungen zu einzelnen Vorgängen schafften eine große Transparenz der Buchhaltung. Mit Hinweis auf die Ausgaben für Personal regten die Rechnungsprüfer an, den Ansatz der Personalkosten an das tatsächliche Qualifikations- und Tätigkeitsniveau der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach oben anzupassen. Außerdem



Jan Kusber, Ruprecht Polenz, Gabriele Freitag, Sebastian Lentz



Gabriele Freitag

sollte der Etat der Jahrestagungen erhöht werden, um bei der wichtigsten jährlichen Tagung der DGO nicht auf die Einwerbung von Drittmitteln angewiesen zu sein. Die Rechnungsprüfer verwiesen auf die erfreuliche Entwicklung der Mitgliederstatistik und forderten alle Anwesenden dazu auf, weitere Mitglieder anzuwerben.

Die Rechnungsprüfer schlugen die Entlastung des Vorstands vor.

4. Aussprache über den Tätigkeits- und Finanzbericht

Ruprecht Polenz forderte die Mitglieder zur Aussprache über den Tätigkeits- und Finanzbericht auf.

Auf Anfrage erläuterte Dr. Gabriele Freitag, dass neben den Einnahmen der DGO durch Mitgliedsbeiträge und Verkäufe der Zeitschrift OSTEUROPA und der institutionellen Zuwendung des Auswärtigen Amts die wichtigsten Drittmittelgeber im Jahr 2015 für die Förderung der Länder-Analysen gewonnen werden konnten. Obwohl mehr als 50 Prozent der Einnahmen der DGO aus Zuwendungen des Auswärtigen Amts stammen, nimmt das Auswärtige Amt nach Aussage der Geschäftsführerin keinen Einfluss auf die inhaltliche Ausgestaltung der Arbeit der DGO.

5. Entlastung des Vorstands

Mit Bezug auf den Vorschlag der Rechnungsprüfer bat Ruprecht Polenz um Abstimmung über die Entlastung des Vorstands. Die Entlastung des Vorstands wurde bei Enthaltung des Vorstands und dreier weiterer Mitglieder beschlossen.

6. Bestellung der Rechnungsprüfer für das Haushaltsjahr 2016

Ruprecht Polenz teilte mit, dass Christian Meier und Dr. Manuela Troschke bereit seien, auch für das Jahr 2016 die Rechnungsprüfung zu übernehmen.

Die Mitglieder wählten Christian Meier und Dr. Manuela Troschke bei fünf Enthaltungen zu den Rechnungsprüfern für das Haushaltsjahr 2016.

7. Fachtagungen 2016

Dr. Gabriele Freitag berichtete über die Fachtagungen im Jahr 2016. Vom 25. bis 27. Februar fand in Erfurt die Fachtagung Religion zum Thema „Das Pan-Orthodoxe Konzil 2016“ statt. Weiterhin geplant ist eine Fachtagung Recht zu „Eigentum und Eigentumsordnung im postsozialistischen Europa“, die vom 22. bis 24. Sep-



Hans-Henning Schröder



Manuela Troschke



Sebastian Lentz

tember in Regensburg stattfinden soll. Vom 7. bis 9. Oktober findet in Berlin eine Fachtagung Slavistik zum Thema „Russland und/als Eurasien. Kulturelle Konfigurationen“ statt. Weiterhin geplant ist eine Fachtagung Wirtschaft, die vom 7. bis 9. Oktober ebenfalls in Berlin stattfinden soll [Der Termin für diese Tagung hat sich geändert; sie findet vom 14. bis 15. Oktober statt.].

8. Jahrestagung 2017

Ruprecht Polenz berichtete, dass die nächste Jahrestagung am 16. und 17. März 2017 in Berlin stattfinden soll. Den thematischen Ausgangspunkt für die Tagung wird der 100. Jahrestag der Russischen Revolutionen bilden. Bisher angedachte Fragestellungen für die Konferenz sind die Revolutionen von 1917 als Epochenwende, der Blick auf die Auswirkungen der Revolutionen an der Peripherie des Zarenreiches bzw. der Sowjetunion und der Vergleich mit anderen Revolutionen des 20. Jahrhunderts.

9. Mitgliedsbeitrag für Empfänger von Arbeitslosengeld II

Ruprecht Polenz berichtete, dass die Geschäftsstelle wiederholt gefragt worden sei, ob Empfängern von Arbeitslosengeld II eine Reduzierung des Mitgliedsbei-

trags gewährt werden kann. Der Vorstand schlägt vor, Empfängern von Arbeitslosengeld II eine Reduzierung des Mitgliedsbeitrags analog zu Studierenden zu gewähren. Nach aktuellem Stand ist dies ein Beitrag in Höhe von 22 Euro (anstatt 45 Euro für Mitglieder allgemein).

Der Vorschlag des Vorstands, den Mitgliedsbeitrag für Empfänger von Arbeitslosengeld II künftig analog zu dem von Studierenden zu gestalten, wurde einstimmig angenommen.

10. Stand der Osteuropaforschung

Prof. Dr. Hans-Henning Schröder berichtete, dass durch Beschluss des Bundestags im Dezember 2015 die institutionelle Förderung eines Forschungsinstituts zum postsowjetischen Raum beschlossen wurde. Die Leitungsposition des in Gründung befindlichen Instituts wurde bereits ausgeschrieben. Der weitere institutionelle Aufbau erfolgt zur Zeit.

Auf Anfrage erläuterte Prof. Schröder, dass ca. 15 bis 20 wissenschaftliche Stellen geplant seien. Noch offen sei die Frage, ob das Institut einer disziplinären Struktur folgen solle. Kooperationen mit Berliner Institutionen seien angedacht. Die Unabhängigkeit des Instituts sei sehr wichtig, trotz Beteiligung des Auswärtigen Amtes, des Kanzleramtes und der Abgeordneten



Manfred Sapper

an den Gremien des Instituts. Die künftige Leitung sei gefordert, einem möglichen politischen Druck standzuhalten. Die Bedeutung der wissenschaftlichen Unabhängigkeit des Instituts wurde von den Anwesenden mit Beifall quittiert. Beifall erhielt auch Prof. Schröder für seinen bisherigen Einsatz zur Gründung des Instituts.

11. Verleihung des DGO-Förderpreises 2015

Dr. Gabriele Freitag erläuterte das Auswahlverfahren für den Klaus-Mehnert-Preis. Die Zahl der Einreichungen war mit 15 Doktorarbeiten erfreulich hoch. Von den Einreichungen kamen acht Arbeiten aus der Geschichtswissenschaft, drei aus der Slavistik, zwei aus der Rechtswissenschaft und jeweils eine aus der Politik- und der Wirtschaftswissenschaft. Die Sichtung der Arbeiten erfolgte durch den Vorstand, unterstützt durch die DGO-Mitglieder Dr. Jennifer Wasmuth und Prof. Dr. Claudia Weber. Der Vorstand entschied sich wegen der herausragenden Qualität und des breiten Forschungsansatzes für die Vergabe des Preises an die Slavistin Dr. Nina Frieß von der Universität Potsdam für ihre Dissertation *„Noch eine Frage lässt sich stellen: ‚Inwieweit ist das heute interessant?‘ Aktualisierungen von Erinnerungen an den stalinistischen Gulag im 21. Jahrhundert.*

Ruprecht Polenz bedankte sich bei der Klaus-Mehnert-Gedächtnis-Stiftung für das Preisgeld in Höhe von 1.000 EUR. Die Laudatio auf die Preisträgerin hielt Prof. Dr. Jan Kusber [für eine Zusammenfassung der Arbeit und einen Auszug aus der Laudatio s. S. 29].

12. Verschiedenes

Es wurden keine weiteren Punkte behandelt.

Der Präsident Ruprecht Polenz schloss die Versammlung um 16:30 Uhr und lud alle Mitglieder zum Eröffnungsvortrag der Jahrestagung im Erbacher Hof ein.

Klaus-Mehnert-Preis

Nina Frieß wurde für ihre Dissertation „Noch eine Frage lässt sich stellen: ‚Inwiefern ist das heute interessant?‘“ Aktualisierungen von Erinnerungen an den stalinistischen Gulag im 21. Jahrhundert mit dem Klaus-Mehnert-Preis 2015 ausgezeichnet. Die Preisträgerin ist Slavistin und Akademische Mitarbeiterin an der Universität Potsdam.

Zusammenfassung

von Nina Frieß

Die Auseinandersetzung mit Erinnerung und Vergangenheit boomt – nicht nur in der Wissenschaft, auch in der Popularkultur. ‚Wahre Begebenheiten‘ liefern den Stoff, aus dem Romansujets und Filmhandlungen gestrickt werden. Das dient der Unterhaltung eines internationalen Publikums, gleichzeitig werden damit aber auch Erinnerungen an die dargestellten Ereignisse und Personen aktualisiert. In der Arbeit wird untersucht, wie das in Bezug auf die stalinistischen Repressionen im Allgemeinen und die Arbeitslager der Stalinzeit im Besonderen geschieht. Das Untersuchungskorpus umfasst drei Produktionen, die auf kanonischen Texten der sowjetischen Lagerliteratur basieren: die 2009 in Perm' uraufgeführte Oper *Ein Tag im Leben des Ivan Denisovič* nach der gleichnamigen Povešt' Aleksandr Solženicyns, die 2007 auf Rossija erstausgestrahlte TV-Serie *Das Erbe Lenins*, die Leben und Werk Varlam Šalamovs inszeniert, sowie den internationalen Spielfilm *Within the Whirlwind* (2009), der Motive aus Evgenija Ginzburgs Biografie bearbeitet. Hinzu kommen Texte, die nicht aus klassischer Lagerliteratur hervorgegangen sind, sondern einen anderen Zugang zum Thema suchen: Sergej Lebedevs 2011 veröffentlichter Roman *Der Himmel auf ihren Schultern* sowie eine Reihe von Kriminalromanen (2008 ff.) angelsächsischer Autoren, deren Sujet in der Sowjetunion der Stalinzeit angesiedelt ist. Es wird untersucht, welche Inhalte vermittelt und wie die stalinistischen Repressionen im Allgemeinen und die Arbeitslager im Besonderen dargestellt werden. Neben dieser materialen, medienimmanenten Dimension wird in einem zweiten Schritt die soziale Dimension des jeweiligen Mediums betrachtet. Dafür wird analysiert, wie die einzelnen Texte, Filme und die Oper von der russischen, aber auch von anderen Erinnerungsgemeinschaften rezipiert werden, und ob



Nina Frieß

ihnen – von ihren Produzenten, aber auch von ihren Rezipienten – eine erinnerungskulturelle Funktion als Gedächtnismedium zugesprochen wurde. Abschließend wird untersucht, ob es den Medien gelingt, Erinnerungen an die Repressionen unter der Herrschaft Stalins zu aktualisieren und inwiefern sie zu gesellschaftlichen Auseinandersetzungen über dieses Thema beitragen. Die in der Arbeit vorgenommene Analyse zeigt, dass der Darstellungsform der stalinistischen Repressionen kaum Grenzen gesetzt sind. Anders als die kanonisch gewordenen Texte der Lagerliteratur haben die untersuchten Medien eine geringe Halbwertszeit und speichern die dargestellten Inhalte nicht langfristig. Allerdings besitzen alle untersuchten Objekte das Potenzial, Diskussionen über den Umgang mit der Vergangenheit auszulösen. In Russland ist daran aber nur ein kleiner Teil der theoretisch betroffenen Erinnerungsgemeinschaft interessiert, so dass die untersuchten Medien lediglich geringe Wirkung entfalten und nur bedingt als Gedächtnismedien gelten können. Auch wenn das Thema Gulag von Produzenten russischer wie nicht-russischer Herkunft aufgegriffen und international rezipiert wird, kann von einer Erinnerungskultur, die über die Grenzen der jeweiligen Nationalstaaten hinausgeht, keine Rede sein.

Die Dissertation wurde am 15.06.2015 an der Philosophischen Fakultät der Universität Potsdam verteidigt. Sie erscheint 2016 unter dem Titel „Inwiefern ist das heute interessant?“ *Erinnerungen an den stalinistischen Gulag im 21. Jahrhundert* als Band 100 der Reihe *Arbeiten und Texte zur Slavistik* im Verlag Otto Sagner.

Auszug aus der Laudatio auf die Preisträgerin

Welchen Stellenwert hat die russische Lagerliteratur in der russischen, aber auch in anderen Erinnerungsgemeinschaften heute? Wie, von wem, in welchen Medien wird diese Erinnerungsliteratur, auch und insbesondere im Bereich der massenmedialen Populärkultur rezipiert? Wird den neuen Artefakten auch eine erinnerungskulturelle Funktion als Gedächtnismedium zugeschrieben? Dies sind die Fragen, die sich Nina Frieß in ihrer überaus gelungenen Dissertation stellt. Nina Frieß, die Preisträgerin des Klaus-Mehner-Preises 2015 der DGO ist Slavistin und Kulturwissenschaftlerin mit einem dezidierten Interesse an der Entwicklung der gegenwärtigen Medienlandschaft und aktuellen Entwicklungen in der Erinnerungskultur [...].

Nina Frieß hat Politikwissenschaft und Slavistik mit Schwerpunkt Russistik an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, der Staatlichen Universität Sankt Petersburg und der Universität Potsdam studiert; dort ist sie derzeit als Post-Doc-tätig. In ihrem spannenden, exzellent lesbaren Buch interessiert sie sich für Struktur und Funktionieren von nationalen Erinnerungsgemeinschaften in Zeiten, in denen [derartige] Texte im Ausland intensiver rezipiert werden als in Russland selbst.

Ihre Materialbasis ist ungewöhnlich breit, vielfältig, jeweils kompetent und fundiert eingeordnet. Historischer Kontext, Gulag-Geschichte, und unterdessen „klassische“ Gulag-Literatur als Referenzräume kommen nie zu kurz. Bemerkenswert gelungen ist die vergleichende Analyse, von Texten, Filmen und Artefakten sowohl der Hochkultur (Oper) als auch populärkultureller Art (Kriminalromane). [...]

Mit [der] Einbeziehung auch westlicher Adaptionen trägt Nina Frieß einer globalisierten Kommunikation vor allem im Bereich der Massenkultur Rechnung, die nationale Grenzen von Erinnerungskulturen aufweicht. Sie untersucht neue russische Romane, die nicht mehr selbst Erinnerungsliteratur sind, sondern sich von einem Sohn bzw. Enkel aus, biographisch motiviert, auf die Spurensuche nach der älteren Generation begeben, die aus Opfern wie auch Tätern besteht, und schließlich eine neue Welle englischsprachiger Kriminalromane, die sich in plot und setting um den sowjetischen Gulag bewegen.

Frieß kommt zu dem Ergebnis, dass es im massenkulturellen Bereich durchaus eine breite vielstimmige Rezeption und Diskussion zum Thema stalinistischer

Gulag gibt, die von reiner Kulisse für spannende Unterhaltung bis zu anspruchsvollem Umgang mit dem Thema reicht, welches dann zugleich für die junge Generation ein Einstieg zur näheren Beschäftigung mit den Autoren und ihren Texten wird. Wenn man auch angesichts der massiv gelenkten neuen Geschichtspolitik in Russland nicht von einem eigenständigen Diskurs etwa zur Aufarbeitung der Vergangenheit sprechen kann, so bietet diese bislang nicht sichtbar gemachte gegenwärtige Sphäre der Populärkultur doch ein deutlich mehrschichtigeres Bild, als es staatlich implementierte Geschichtspolitik annehmen lässt.

Die Dissertation bietet einen vollständigen Überblick über Gattungen und Medien der Erinnerung an den stalinistischen Gulag, über deren Erforschung und Rezeption in Russland. Sie verbindet Geschichts- mit Literatur und Kulturwissenschaft in aktueller Perspektive, und zeigt, wie nationale Erinnerungskulturen in unterschiedlichen Zirkulationsräumen miteinander durchaus in Konkurrenz stehen können. Ein überaus gelungener Beitrag zur öffentlichen internationalen Debatte um die Erinnerung an den stalinistischen Gulag. Sie hat uns eindrucksvoll gezeigt, inwiefern das heute noch interessant ist!

Prof. Dr. Jan Kusber

Prof. Dr. Birgit Menzel

Personalien

Neuaufnahmen

Adam, Harm / Bovenden
Agamuradova, Lejly / Berlin
Ammon, Christian / Würzburg
Artwinska, Dr. Anna / Hamburg
Brunner, Alexander / Ingolstadt
Cramon, Viola von / Waake
Emker, Mike / Konstanz
Flemming, Regina von / Moskau / Berlin
Grigoriadis, Prof. Theocharis, C. Sc., Ph. D. / Berlin
Hackmann, Prof. Dr. Jörg / Münster
Härtel, Dr. André / Kiew / Jena
Heldt, Helene / Schwarzenbek
Hildebrandt, Dr. Jens / Moskau / Berlin
Hörbelt, Christian / Berlin
Jüngling, Dr. des. Konstanze / Regensburg
Kaminskij, Dr. Konstantin / Konstanz
Lange, Anja / Dresden
Menzel, Dr. Nadine / Leipzig
Osatiuc, Liubov / Hamburg
Pierobon, Dr. Chiara / Bielefeld
Schneider, Gerhard / Töpen
Siegel, Hartmut / Berlin
Strohschneider, Jens / Moskau
Tischendorf, Falk / Moskau
Waligórska-Huhle, Dr. Magdalena / Bremen
Wilding, Michael / Budapest / Berlin

Abschiede

Roos, Dr. Johanna / Fellbach
 Verstorben am 19. April 2016

Dilger, Prof. Dr. Bernhard / Bochum
 Verstorben am 2. Juni 2016

Veröffentlichungen

Ackermann, Felix / **Galbas**, Michael (Hg.): [Back from Afghanistan. Experiences of Soviet Afghan War Veterans in Transnational Perspective](#). Journal of Soviet and Post Soviet Politics and Society, 2/2015, Special Issue.

Adomeit, Hannes: [Imperial Overstretch: Germany in Soviet Policy from Stalin to Gorbachev. An Analysis Based on New Archival Evidence, Memoirs, and Interviews](#). 2nd revised, updated and expanded edition, Nomos, Baden-Baden 2016.

Beljakova, Nadezhda / **Bremer**, Thomas / **Kunter**, Katharina (Hg.): [„Es gibt keinen Gott!“ Kirchen und Kommunismus. Eine Konfliktgeschichte](#). Herder Verlag, Freiburg 2016.

Beyme, Klaus von: [Bruchstücke der Erinnerung eines Sozialwissenschaftlers](#). Springer VS, Wiesbaden 2016.

Bingen, Dieter / **Bömelburg**, Hans-Jürgen / **Klamt**, Andrzej / **Loew**, Peter Oliver (Hg.): [Die Deutschen und die Polen. Geschichte einer Nachbarschaft](#). Theiss-Verlag, Stuttgart, 2016.

Bingen, Dieter / **Halub**, Marek / **Weber**, Matthias (Hg.): [Mein Polen – meine Polen. Zugänge und Sichtweisen](#). Bd. 34, Harrassowitz Verlag, Wiesbaden, 2016.

Bohn, Thomas M.: [Der Vampir. Ein europäischer Mythos](#). Böhlau, Köln et al. 2016.

Dietz, Hella: [Polnischer Protest. Zur pragmatischen Fundierung von Theorien sozialen Wandels](#). Campus Verlag, Frankfurt / New York 2015.

Eisfeld, Alfred / **Petrova** Tatjana L.: [Bibliografija rabot po istorii nemcev, izdannyh v Ukraine za gody nezavisimosti \(1991–2012\)](#) [Bibliographie der Publikationen über die Geschichte der Deutschen, die in der Ukraine in den Jahren der Unabhängigkeit (1991–2012) herausgegeben wurden]. Akcent PP, Dnepropetrovsk 2015.

Eisfeld, Alfred (Hg.): [Deutsche im Schwarzmeergebiet, auf der Krim und im Kaukasus vom 19. Jahrhundert bis 1941](#). Studien zur Geschichtsforschung der Neuzeit, Bd. 88, Verlag Dr. Kovač, Hamburg 2016.

Hein-Kircher, Heidi / **Zückert**, Martin (Hg.): [Migration and Landscape Transformation. Changes in Central and Eastern Europe in the 19th and 20th Century](#). Verlagsgruppe Vandenhoeck & Ruprecht, München 2016.

Hein-Kircher, Heidi / **Misāns**, Ilgvars (Hg.): [Stadtgeschichte des Baltikums oder baltische Stadtgeschichte? Annäherungen an ein neues Forschungsfeld zur baltischen Geschichte](#). Tagungen zur Ostmitteleuropaforschung, Bd. 33, Herder-Institut, Marburg 2016.

Heyde, Jürgen / **Holste**, Karsten / **Hüchtker**, Dietlind / **Kleinmann**, Yvonne / **Steffen**, Katrin (Hg.): [Dekonstruieren und doch erzählen. Polnische und andere Geschichten](#). Wallstein Verlag, Göttingen 2015.

Jahn, Egbert: [International Politics](#). Political Issues Under Debate, Bd. 1, Springer, Berlin / Heidelberg 2015.

Jahn, Egbert: [German Domestic and Foreign Policy](#). Political Issues Under Debate, Bd. 2, Springer, Berlin / Heidelberg 2015.

Jahn, Egbert: [World Political Challenges](#). Political Issues Under Debate, Bd. 3, Springer, Berlin / Heidelberg 2015.

Kurilo, Olga: [Kulturlandschaft Samland. Kollektives Gedächtnis und Identitätswandel vom 19. bis zum 21. Jahrhundert](#). be.bra Wissenschaft Verlag, Berlin 2016.

Maćków, Jerzy: [Die Ukraine-Krise ist eine Krise Europas](#). edition.fotoTAPETA, Berlin 2016.

Makrides, Vasilios N. / **Wasmuth**, Jennifer / **Kube**, Stefan (Hg.): [Christentum und Menschenrechte in Europa. Perspektiven und Debatten in Ost und West](#). Erfurter Studien zur Kulturgeschichte des Orthodoxen Christentums, Bd. 11, Peter Lang Verlagsgruppe, Frankfurt am Main et al. 2016.

Meier, Esther: [Breschnews Boomtown. Alltag und Mobilisierung in der Stadt der LKWs](#). Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 2016.

Nolte, Hans-Heinrich: [Religions in World- and Global History. A View from the German-language Discussion](#). Peter Lang Verlagsgruppe, Frankfurt am Main et al. 2016.

Nußberger, Angelika / **von Gall**, Caroline (Hg.): [Rechtsphilosophisches Denken im Osten Europas. Dokumentation und Analyse rechtsphilosophischer Schriften aus Russland, Polen, Ungarn und Tschechien in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts](#). Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 84, Mohr Siebeck, Tübingen 2016.

Troebst, Stefan / **Siekierski**, Konrad (Hg.): [Armenians in Post-Socialist Europe](#). Böhlau, Köln et al. 2016.

Troebst, Stefan / **Wildt**, Michael (Hg.): [Zwangsmigration im Europa der Moderne. Nationale Ursachen und transnationale Wirkungen](#). Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2016.

Salevsky, Heidemarie / **Müller**, Ina: [Beiträge zu einer Geschichte der Translation. Vom Wirken bedeutender Dolmetscher und Übersetzer](#). Unter Mitarbeit von Bernd Salevsky. Peter Lang Verlagsgruppe, Frankfurt am Main et al. 2015.

Steffen, Katrin (Hg.): [Historische Zäsur und biographische Erfahrung: Das östliche Europa nach dem Zerfall der Imperien 1918–1923](#). Themenheft der Zeitschrift Nordost-Archiv, Nr. 23, Nordost-Institut am Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa, Lüneburg 2015.

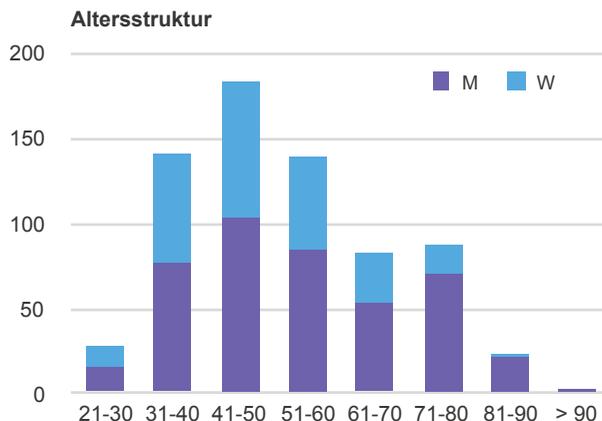
Wegner, Markus: [Putins kalter Krieg. Wie Russland den Westen vor sich herreibt](#). Droemer Knauer, München 2016.

Mitgliederstatistik

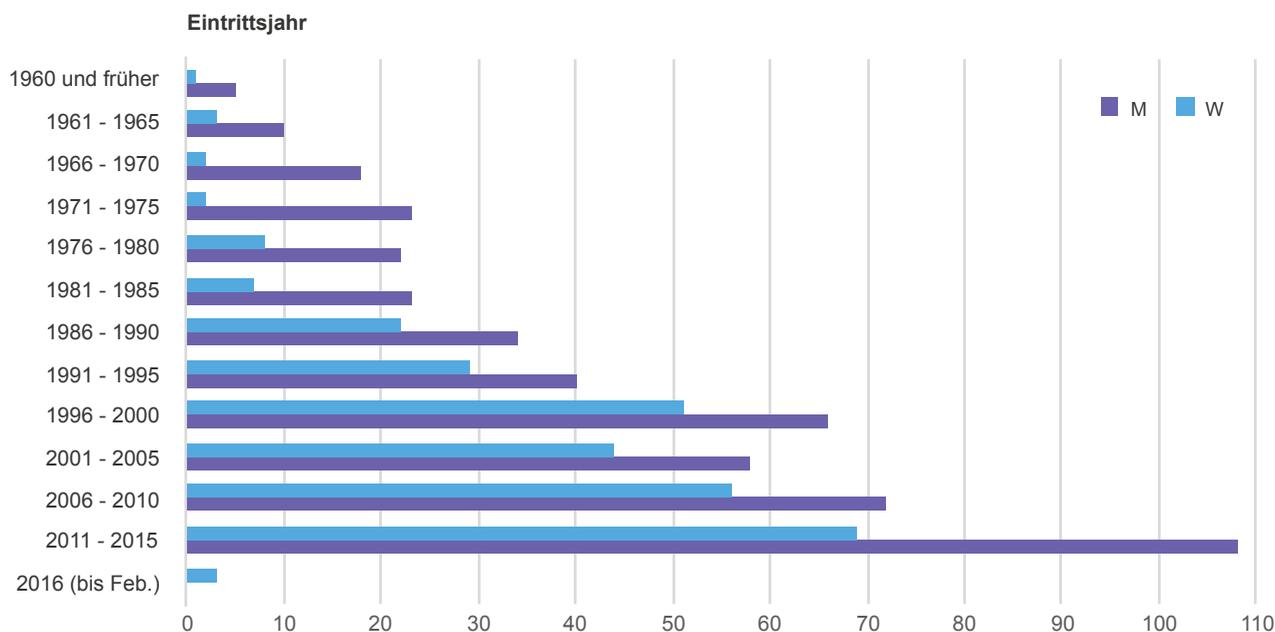
Die DGO hat zurzeit rund 800 Mitglieder. Ein Blick in die Statistik gibt Auskunft über Alter, Geschlecht und Erwerbsstruktur unserer Mitglieder und gleichzeitig einen Einblick in die Entwicklung der DGO und der Osteuropaforschung in Deutschland. Dabei ist zu berücksichtigen, dass nicht von allen Mitgliedern vollständige Daten vorliegen.

Das **Altersspektrum** der DGO ist sehr breit. Die Hälfte der etwa 700 Mitglieder, für die Angaben zum Alter vorliegen, ist zwischen 36 und 55 Jahre alt. Interessant ist ein Blick auf die Geschlechterverteilung. Erst unter den heute 65jährigen steigt der Anteil der Frauen signifikant. Deutlich wird dies auch bei einem Blick auf die zeitliche Entwicklung der Mitgliedseintritte. Erst seit der zweiten Hälfte der 1970er Jahre sind Frauen durchgehend unter den neu aufgenommenen Mitgliedern vertreten. Diese Entwicklung spiegelt vermutlich die stärkere Präsenz von Frauen in der deutschen Osteuropaforschung seit Mitte der siebziger Jahre.

Die Zahl der **Neuaufnahmen** pro Jahr spiegelt auch allgemeine Konjunkturen in der Beschäftigung mit Osteuropa wider. Einen ersten größeren Zuwachs gab es 1990. Der Fall der Berliner Mauer und die friedlichen Revolutionen in Ostmitteleuropa verschafften

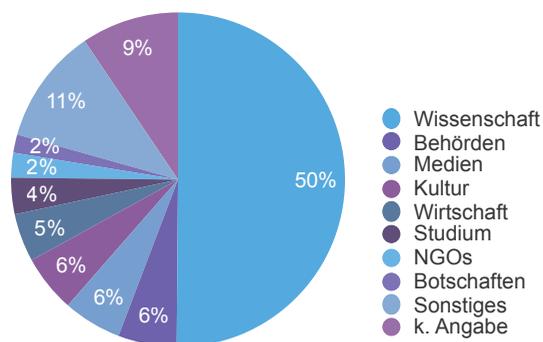


offensichtlich auch der DGO größere Aufmerksamkeit. Der nächste größere Zuwachs an Mitgliedern im Jahr 1998 ist vermutlich ein Nebeneffekt der Debatte über die Zukunft der Osteuropaforschung, die in den Jahren 1997 und 1998 in der Zeitschrift OSTEUROPA geführt wurde. Der bisher größte Zuwachs, im Jahr 2013, war das Ergebnis einer erfolgreichen Werbeaktion rund um das 100jährige Jubiläum der DGO. Dass die Zahl der Eintritte auch in den letzten beiden Jahren hoch blieb, ist wohl auf die wachsende Aufmerksamkeit zurückzuführen, die Osteuropa nach dem politischen Umsturz in der Ukraine und den politischen und militärischen Konflikten mit Russland in Deutschland erneut erfährt.

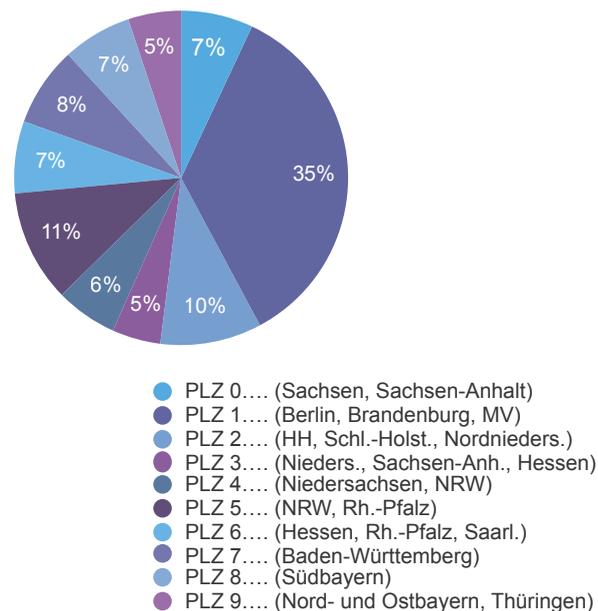


Ein Blick auf die **Arbeitsbereiche** der Mitglieder zeigt, dass die DGO ihrem Anspruch als Standesorganisation derjenigen, die sich wissenschaftlich mit dem östlichen Europa beschäftigen, gerecht wird. Die Hälfte aller Mitglieder ist in der Wissenschaft verankert. Hinzu kommen die Studentinnen und Studenten, die neben Vertreterinnen und Vertretern aus dem NGO-Bereich und den Botschaften aber nur einen geringen Anteil der Mitglieder stellen. Relativ gleichmäßig verteilt ist die Anzahl der Mitglieder, die entweder in öffentlichen Einrichtungen, in Medien, in der Kultur oder in der Wirtschaft tätig sind.

Arbeitsbereiche der Mitglieder

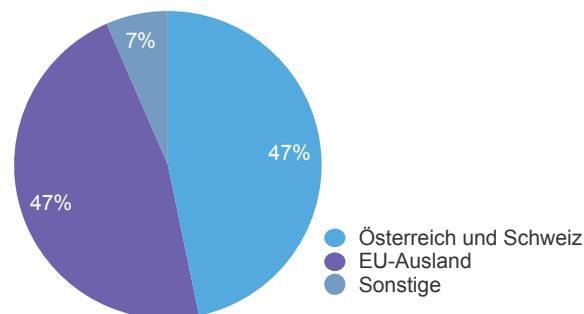


Wohnorte in Deutschland



Die letzten zwei Grafiken geben Auskunft über die Verteilung der Mitglieder nach **Wohnorten**. Knapp 90 Prozent aller Mitglieder leben in Deutschland. Etwa ein Drittel von ihnen wohnt in Berlin und dem Umland. Die weiteren Mitglieder verteilen sich relativ gleichmäßig über das gesamte Gebiet der Bundesrepublik. Rund 100 Mitglieder leben im Ausland, etwa die Hälfte von ihnen in Österreich und der Schweiz. Diese Präsenz zeigt, dass die DGO im gesamten deutschsprachigen Raum vertreten ist. Die anderen im Ausland lebenden Mitglieder verteilen sich im Wesentlichen auf die Länder der Europäischen Union. Die Zahl der in Osteuropa lebenden Personen liegt bei weniger als einem Prozent. Umso wichtiger bleibt es für die DGO, den Austausch über Osteuropa mit Fachleuten aus der Region aktiv zu fördern.

Wohnorte im Ausland



Stand der Datenerhebung: Februar 2016

Mitgliederbefragung

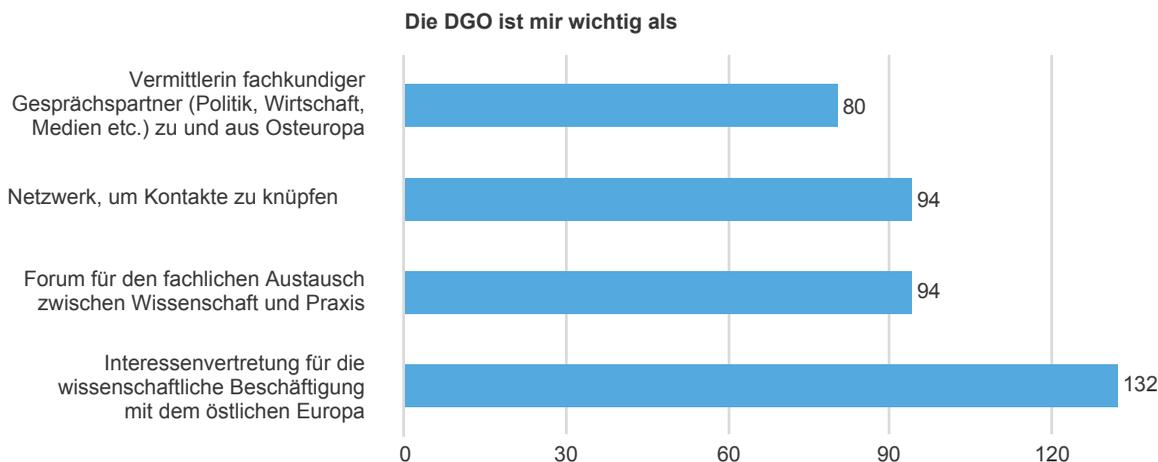
Die DGO möchte ihr Profil als Interessenvertretung und Forum für den fachlichen Austausch über und mit Osteuropa schärfen. Um uns ein Bild darüber zu verschaffen, welche Funktionen und Angebote der DGO den Mitgliedern wichtig sind, haben wir im Mai eine Mitgliederbefragung durchgeführt. Da nicht alle Mitglieder per E-Mail erreichbar sind, wurde die Befragung sowohl online als auch postalisch durchgeführt. Insgesamt beteiligten sich 164 Personen an der Umfrage; das sind 20 Prozent aller Mitglieder. Bei allen Fragen waren Mehrfachantworten möglich. Viele machten auch von der Möglichkeit Gebrauch, Kommentare zu den einzelnen Themenblöcken abzugeben.

Auf die Frage nach den **Funktionen** der DGO nennen 80 Prozent die Interessenvertretung für die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem östlichen Europa als wichtige Aufgabe der DGO. Knapp 60 Prozent halten es für wichtig, dass die DGO als Forum und Netzwerk für den fachlichen Austausch aktiv ist, knapp 50 Prozent sehen die Aufgabe der DGO auch in der direkten Vermittlung von Kontakten. In den Kommentaren kommen sehr gegensätzliche Positionen zu den Funktionen der DGO

als Politikberaterin mehr Gehör“ findet, ihre Chance besser wahrnimmt „als ‚Vorfeldorganisation‘ der deutschen Außenpolitik intellektuelle Räume für die Entwicklung einer vernünftigen Außenpolitik zu schaffen“ und sich eingehender damit beschäftigt, wie „wissenschaftliche Erkenntnisse in der Praxis genutzt werden“ können.

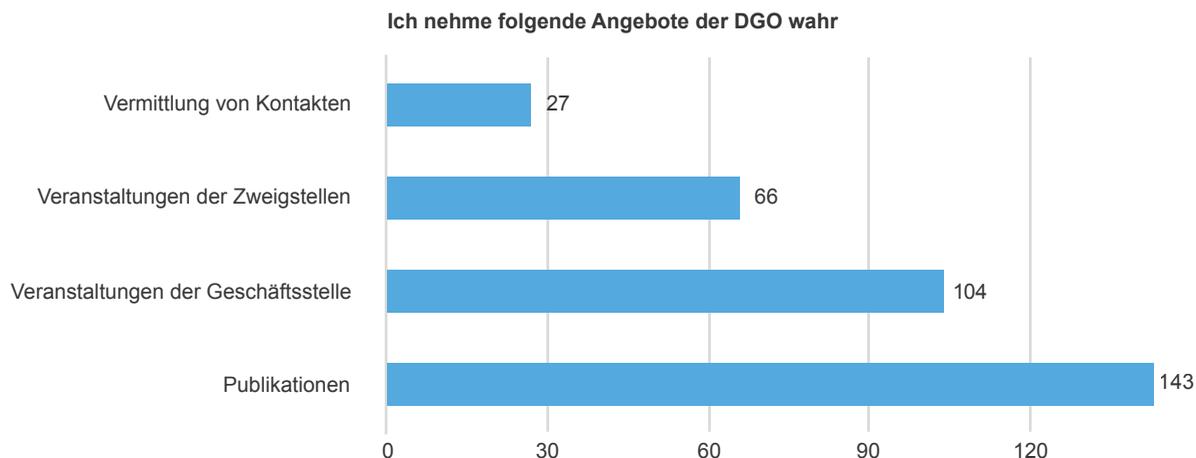
Auf die Frage danach, welche **Angebote** der DGO genutzt werden, entfielen knapp 90 Prozent der Antworten auf die Publikationen, knapp zwei Drittel auf die Veranstaltungen der Geschäftsstelle, 40 Prozent auf die Veranstaltungen der Zweigstellen und nur etwa 15 Prozent auf die Vermittlung von Kontakten. Viele äußerten den Wunsch, die DGO solle mehr Veranstaltungen außerhalb Berlins anbieten und die Arbeit der Zweigstellen stärken. Deutlich zum Ausdruck kommt in den Kommentaren auch der Wunsch nach einer besseren Vernetzung der Mitglieder. Die Vorschläge reichen von der Wiederauflage der Mitgliederverzeichnisse bis zu interaktiven Plattformen auf der Website der DGO.

Auf die Frage, wie die Mitglieder von den Aktivitäten der DGO erfahren, gaben 25 Prozent an, sich neben den **Informationen**, die sie über die Rundbriefe und E-Mail-Verteiler der Geschäftsstelle und Zweig-

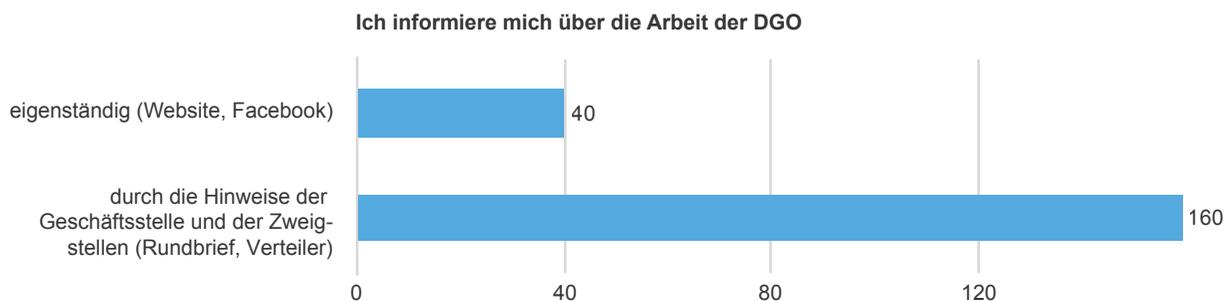


zum Ausdruck. Einige nehmen die DGO als zunehmend „staatsnah“ und „Exekutive des Außenamtes“ wahr und sehen aufgrund des hohen Anteils an öffentlichen Mitteln im Gesamtbudget des Vereins die Unabhängigkeit der DGO gefährdet. Andere wünschen sich, dass „die DGO

stellen erhalten, auch selbständig auf der Website der DGO und bei Facebook über die Tätigkeiten der DGO zu informieren. Dabei präferieren sie unterschiedliche Formen der Informationsvermittlung. Während die einen die ausführliche Berichterstattung in den Rundbriefen



positiv hervorheben, wünschen sich die anderen eher knappe Informationen in Form eines Newsletter sowie die stärkere Nutzung von Website und Facebook. Den Ruf nach „Verjüngung als Programm“ betrachten wir als Herausforderung für die gesamte Arbeit der DGO.



Die Ergebnisse der Mitgliederbefragung werden im Vorstand und mit den Leiterinnen und Leitern der Zweigstellen diskutiert. Über konkrete Schritte halten wir Sie auf dem Laufenden. Herzlichen Dank an dieser Stelle allen, die sich an der Umfrage beteiligt haben!

Aktuelles aus der Osteuropaforschung

In Nordrhein-Westfalen haben sich zwei Dachorganisationen gegründet, die Personen und Institutionen aus der Osteuropaforschung und dem nichtakademischen Bereich zusammenbringen.



Das **Osteuropa-Kolleg NRW** bündelt ein breites Netz akademischer und kultureller Institutionen. Dazu zählen einzelne Institute und Seminare der Ruhr-Universität Bochum, der Universität Witten/Herdecke und der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster sowie das Ikonenmuseum in Recklinghausen, die Martin-Opitz-Bibliothek in Herne, die Stiftung Kloster Dalheim, das Polnische Institut in Düsseldorf, die Porta Polonica in Bochum, das Kulturwissenschaftliche Institut in Essen, das Haus der Geschichte des Ruhrgebiets in Bochum und der OSTWEST Verein für kulturellen Transfer. Die dichte Infrastruktur spiegelt die Verbindungen, die sich durch mehrere Migrationsschübe seit dem 19. Jahrhundert vor allem im Ruhrgebiet mit dem östlichen Europa entwickelt haben. Die Tätigkeiten des Kollegs zielen darauf ab, die Aktivitäten der einzelnen Institutionen besser zu koordinieren und darüber hinaus Forschung, Lehrveranstaltungen, Ausstellungen und weitere Veranstaltungen zu Geschichte, Kultur, Sprache, Politik und Gesellschaft in Ostmittel- und Osteuropa zu initiieren. Zielgruppe des Osteuropa-Kollegs ist auch das nichtakademische Publikum der Region, um dem östlichen Europa in der öffentlichen Debatte mehr Aufmerksamkeit verleihen.

www.osteuropa-kolleg.de



Das **Cologne Centre for Central and Eastern Europe (CCCEE)** vereinigt fakultätsübergreifend Institute der Universität zu Köln und der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn sowie das außeruniversitäre Lew-Kopelew-Forum in Köln. Das CCCEE initiiert Hochschulpartnerschaften, beantragt Fördermittel für gemeinsame Forschungsprojekte, konzipiert disziplinenübergreifende Studiengänge, fördert die Lehre der einschlägigen Fremdsprachen in den Studiengängen und richtet Vorlesungen, Seminare und Konferenzen aus. Es bietet Gastwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern die Möglichkeit, sich mit den unterschiedlichen Institutionen zu vernetzen und unterhält eine Praktikumsdatenbank für Studierende. Das CCCEE vergibt jährlich den Raissa-Orlowa-Preis für die beste studentische Arbeit in einem der beteiligten Fächer.

www.cccee.phil-fak.uni-koeln.de



DGO-Jahrestagung 2016
Foto: Angelika Stehle

Veranstaltungsberichte

Emanzipation der Zivilgesellschaft in der Türkei und der Ukraine

Bericht: Elena Ammel

Foto: Jerzy Sobotta

Kaum eine Entwicklung in den post-sowjetischen Ländern und der sogenannten Muslimischen Welt ist ohne eine Schlüsselrolle der Türkei und der Ukraine vorstellbar. Bisher mangelt es jedoch an einer euro-

päischen Politik, die der strategischen Bedeutung dieser beiden Länder gerecht wird. Vor allem die (Zivil-)Gesellschaft wird als eigenständiger Akteur und Partner europäischer Politik kaum anerkannt. Bei einer Abendveranstaltung, die die DGO in Kooperation mit dem Berliner Büro des German Marshall Fund of the United States (GMF) ausrichtete, stellten Jörg Forbrig und Adam

Balcer die Ergebnisse ihrer gemeinsamen Studie „The Awakening of Societies in Turkey and Ukraine – How Germany and Poland Can Shape European Responses“ vor, die mit Unterstützung der Stiftung für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit erschienen ist.

Jörg FORBRIG (GMF, Berlin) konstatierte eine „Europäisierung“ der Ukraine und der Türkei. Er arbeitete drei Parameter heraus, von denen das zukünftige

europäische Engagement geleitet werden sollte: Als erstes müsse anerkannt werden, dass die Spannungen zwischen türkischer bzw. ukrainischer Regierung und den jeweiligen Gesellschaften zugenommen hätten. Zum

zweiten müsse die Kooperation auf staatlichem Level wieder stärker vom Grundsatz der Konditionalität geleitet sein. Die Unterstützung der Gesellschaft müsse, drittens, direkt und in größerem Umfang als bisher erfolgen. Wie ist die Struktur, was sind die Kennzeichen der türkischen und ukrainischen Gesellschaften?

Die türkische Bevölkerung sei ethnisch und konfessionell sehr divers, bekenne sich aber mehrheitlich zum

türkisch-sunnitischen Islam, so Adam BALCER (Ost-europa-Kolleg, Warschau). Trotz des weit verbreiteten religiösen Bekenntnisses und des „mild Islamist AKP government“ habe die Säkularisierung der Bevölkerung in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Seit 2007 fände außerdem ein „soziales Erwachen“ statt. Die Anzahl der zivilgesellschaftlichen Organisationen sei von 68.000 auf 110.000 angestiegen, die Anzahl

Podiumsdiskussion
am 9. Februar 2016, Berlin

In Kooperation mit dem German
Marshall Fund of the United
States (GMF) Berlin.



Jörg Forbrig, Adam Balcer, Gabriele Freitag, Susann Worschech, Günter Seufert

der Organisationsmitglieder habe in ähnlichem Maße zugenommen. Die Achillesverse der gesellschaftlichen Entwicklung hingegen sei die „Kurdenfrage“. Die Genese der kurdischen Bevölkerung beschrieb Balcer als paradox – insbesondere hob er den hohen Wählerzuspruch der mehrheitlich konservativen Kurden und Kurdinnen für die politisch linksgerichtete kurdische Partei HDP hervor. Einen EU-Beitritt befürworteten sie mehrheitlich. In den letzten Jahren sei das Selbstbewusstsein der Kurden enorm angestiegen und auch ihr Einfluss auf das politische System habe seit 2007 deutlich zugenommen. Das habe sich nicht zuletzt bei den Parlamentswahlen 2015 gezeigt, bei der die HDP 13 Prozent, und damit ihr bestes Wahlergebnis erzielt hat. Sie verhinderte damit, dass Erdogans AKP eine Verfassungsmehrheit erlangte. Die kurdische Partei stelle damit ein wichtiges Element der „checks and balances“ in der türkischen Politik dar.

In der Ukraine sei der Euromaidan nach der Orangen Revolution von 2004 bereits der zweite Versuch einer „Revolution der Würde“ gewesen, so Jörg Forbrig. Er betonte, dass die Risse durch die ukrainische Gesellschaft weitaus weniger ausgeprägt seien, als es im Wes-

ten gemeinhin dargestellt werde. Auffallend sei dabei, dass die ukrainischen Bürger zunehmend Vertrauen in die Gesellschaft hätten, dem Staat hingegen misstrauten. Allerdings seien viele Ukrainer nach einer durch den Euromaidan eingeleiteten Periode der Hoffnung mittlerweile zunehmend pessimistisch gestimmt. Zwar seien die Erfolge der derzeitigen Regierung durchaus beachtlich. Trotzdem hätten viele Ukrainer das Gefühl, die „alte Ukraine“ kehre zurück. Nicht zu Unrecht: In der Regierung sähen sich eine Handvoll Reformer einer Mehrheit von Politikern gegenüber, die schon dem alten Regime angehörten – ihr Reformwille sei sehr begrenzt. Damit einher ginge seitens der Bevölkerung ein Vertrauensverlust gegenüber der EU. Dieser Entwicklung könnte laut Forbrig entgegengewirkt werden, indem die EU erstens die ukrainische Regierung als externer Akteur effektiv kontrolliert, zweitens Hilfeleistungen und Reformvorhaben finanziell unterstützt und drittens die Langzeitperspektive eines EU-Beitritts für die Ukraine explizit eröffnet.

In der sich anschließenden Podiumsdiskussion zeichnete Günter SEUFERT (SWP, Berlin) das Verhältnis zwischen EU und Türkei als gegenseitiges Abhängig-

keitsverhältnis und sprach sich für die Aufrechterhaltung einer Beitrittsperspektive und guter Beziehungen mit der Türkei aus. Zwei Hauptgründe sprächen dafür: Zum einen gäbe es keine Alternative in der Region – das mache gerade die Flüchtlingskrise wieder sehr deutlich. Zum anderen biete der mit der Aussicht auf einen EU-Beitritt verbundene Ansatz der Konditionalität die Chance, in der Türkei demokratische Reformen anzustoßen und auf diese Weise innenpolitische Strukturen im Sinne einer liberalen Demokratie zu stärken. Weiter gab Seufert zu bedenken, dass nicht jede Entwicklung, die im westeuropäischen Kontext entsprechend klingt, auch im türkischen Kontext eine Emanzipation der Zivilgesellschaft anzeige. Beispielsweise sage die gestiegene Anzahl von Organisationen an sich noch nichts über ein Erstarken der Zivilgesellschaft aus. Vielmehr handle es sich hier um das Ergebnis einer erfolgreichen Integration der konservativ-islamischen Bevölkerung in alle Bereiche des öffentlichen Lebens. Darüber hinaus werde die Demokratiedefinition Erdogans „Demokratie ist die Vorherrschaft der größten Bevölkerungsgruppe“ von vielen türkischen Bürgern geteilt. Mit Blick auf die enge Verflechtung der Regierungspartei AKP und der türkischen Armee drohe das erste Mal in der Geschichte der Türkei die Entstehung eines faschistischen Regimes.

Susann WORSCHECH (Europa-Universität Viadrina, Frankfurt / Oder) begann ihren Kommentar mit einer Kritik am Titel und damit auch an einer der Hauptthesen der Studie: In der Ukraine habe keine Emanzipation der Zivilgesellschaft stattgefunden. Der Euromaidan stelle zwar ohne Frage einen quantitativen Höhepunkt der gesellschaftlichen Mobilisierung dar – von einer qualitativen Veränderung der Protestbewegung könne aber nicht die Rede sein. Der Euromaidan müsse vielmehr im Kontext einer seit den 1960er Jahren bestehenden zivilgesellschaftlichen Entwicklung gesehen werden. Jedoch seien über die Jahrzehnte hinweg kaum nachhaltige Strukturen ausgebildet worden, da es keine gesamtgesellschaftliche demokratische Kultur gäbe. Worschech bemühte das Bild eines „watchdog“, dessen Bellen nicht gehört wird, weil es keine Institutionen gibt, bei denen die Bevölkerung ihre Rechte und Pflichten einklagen könnte. Das wiederum führe dazu, dass sich die Zivilgesellschaft – resigniert ob ihres Unvermögens, die demokratisch nicht legitimierten, autonomen Machtzentren (Oligarchen, Geheimdienste u. a.) aufzubrechen – von der Politik entfremde und sich zunehmend um sich selbst drehe. Externe Fördermaßnahmen, die auch seitens der EU häufig durch ihren „Projektcharakter“ kurze Zeithorizonte hätten, würden diese Entwicklung noch befördern.

The Pan-Orthodox Council of 2016 – a New Era for the Orthodox Church? Interdisciplinary Perspectives

Bericht: Martin Tulaszewski

Foto: Sebastian Rimestad

Mit der Durchführung des „Panorthodoxen Konzil 2016“ könnte die Orthodoxe Kirche Geschichte schreiben. Das letzte Treffen aller Bischöfe, die zur Orthodoxen Kirche gehören, ist bereits über tausend Jahre her. Ob die Zusammenkunft jedoch tatsächlich stattfindet, bleibt abzuwarten. Tagungsleiter Vasilios N. MAKRIDES (Universität Erfurt) verwies auf die besonderen Herausforderungen und Hürden, die sich bei der Organisation gestellt hätten und noch nicht endgültig überwunden worden seien. Makrides lud die aus Europa, den USA und Russland angereisten Wissenschaftler ein, über die Themen sowie über die Chancen und Perspektiven des Konzils zu diskutieren.

Paul VALLIERE (Indianapolis) erläuterte in seinem Plenarvortrag das besondere Verständnis der orthodoxen Konziliarität und deren ekklesiologische Bedeutung. Er verwies darauf, dass die Kirche im Allgemeinen als Konzil wahrge-

nommen werde, mit der Gleichberechtigung aller ihrer Glieder. Darüber hinaus gebe es aber ein weiteres Autoritätsprinzip: den Metropolitanismus. Dies sei die institutionalisierte Ebene der Bischöfe und Patriarchen, auf der richtungweisende Entscheidungen behandelt werden,

ohne dass konziliare Beschlüsse eingefordert werden. Dimitrios MOSCHOS (Athen) ergänzte Vallieres Darstellung mit dem Hinweis, dass das Modell des ekklesiologischen Konziliarismus seinen Ursprung u. a. im römisch-griechischen Demokratieverständnis der Polis habe.

Die beiden Moskauer Theologen Andrej SHISHKOV und Aleksandr KYRLEZHEV behandelten in ihren Beiträgen die ekklesiologische Struktur der heutigen orthodoxen Welt. Hierbei werden „Nationalkirche“ und „Patriarchat“ voneinander unterschieden. Die Übergänge

zwischen diesen Strukturen seien jedoch fließend, so Kyrlezhev. Deutlich machte er das am Beispiel der Russisch-Orthodoxen Kirche, die den Anspruch

**Tagung der DGO-Fachgruppe
Religion
vom 25. bis 27. Februar 2016, Erfurt**

**In Kooperation mit dem
Lehrstuhl „Kulturgeschichte
des Orthodoxen Christentums“
an der Universität Erfurt.**

habe, sowohl Nationalkirche als auch Patriarchat zu sein. Sie sei mithin eine transnationale Organisation. Den Statusunterschied zwischen einer Autokephalen und einer Autonomen Kirche stellte Shishkov heraus und fragte nach den ekklesiologischen Konsequenzen, auch hinsichtlich der konziliaren Prozesse. Daniela KALKANDJIEVA (Sofia) diskutierte die Frage der kirchlichen Autonomiestatuten in Zusammenhang mit dem Ringen zwischen den beiden Patriarchaten von Konstantinopel und von Moskau um geopolitische Einflussbereiche. Lucian LEUSTEAN (Birmingham) spezifizierte in seinem Vortrag diese Frage und blickte genauer auf die orthodoxen Diasporagemeinschaften im Westen: Wie können sie innerhalb der Gruppen eine Rückbindung bzw. Identitätsvorstellung an die jeweilige Nationalkirche erhalten? Wie kann sie wieder erzeugt werden?

Für Diskussionsstoff im Vorfeld des Panorthodoxen Konzils sorgt auch die Teilnehmerliste. Dabei geht es vor allem um diejenigen, die nicht auf der Liste stehen: Frauen und Laien, die in und für die orthodoxe Kirche aktiv sind. Sebastian RIMESTAD (Erfurt) diskutierte dieses Problem unter Einbeziehung des von Valliere dargestellten metropolitanischen Prinzips. Vassilis PNEVMATIKAKIS (Paris) verdeutlichte am Beispiel von Frankreich und den USA die Schwierigkeiten der orthodoxen Diaspora. Man begeben sich dort auf die Suche nach einer multilateralen emanzipatorischen Position, stecke jedoch in den jurisdiktionellen Zwängen der nationalen Mutterkirchen fest. Diese seien bestrebt, sich die jeweilige Identität als geopolitischen Faktor nicht entgleiten zu lassen. Die daraus entstehenden, sich teils überlappenden jurisdiktionellen Ansprüche begreift Pnevmatikakis aus geopolitischer Perspektive indes nicht als Problem, sondern als Chance: Wenn ein Konflikt drohe, könne eine Partei ihn geschickt umgehen, indem sie die Jurisdiktion wechselt.

Die Ausführungen von Eva SYNEK (Wien) zum kanonischen Recht verlas Isabella Schwaderer, da Synek nicht persönlich vor Ort sein konnte. Sie betonte den immerwährenden Gegensatz zwischen dem universellen und dem lokalen Prinzip im Kirchenrecht, welches sich im Grunde seit dem ersten Jahrtausend nicht verändert habe. Die vielen ungelösten Fragen des kanonischen Rechts werden allerdings selten thematisiert und auch im kommenden Panorthodoxen Konzil nicht behandelt. Die Pariser Soziologin Kathy ROUSSELET kritisierte Victor Roudometofs Vorstellungen zur Globalisierung der Orthodoxen Kirche. Für sie sei Globalisierung mehr als nur eine weltweite Verbreitung und Mission. Die Orthodoxe Kirche sei in ihren

Strukturen nicht im Sinne Roudometofs globalisiert.

In einer Diskussionsrunde zum Thema der Erwartungen von Orthodoxen an das Konzil unter Leitung von Thomas BREMER (Münster) formulierten die Diskutanten ihre Erwartungen. Christophe d'ALOISIO (Brüssel) hofft auf ein transparentes und offenes Konzil sowie auf ausgeglichene Machtverhältnisse, um Beschlüsse letztendlich gemeinsam umzusetzen. Vladimir KHOU-LAP (St. Petersburg) sieht in dem Konzil einen langen Annäherungsprozess, der nun zum Abschluss kommt. Darüber hinaus sei er in erster Linie der Eintritt in eine neue Phase interorthodoxer Gemeinschaft und Zusammenarbeit. Er hofft auf Impulse, die einer gemeinsamen orthodoxen Identität zum Durchbruch verhelfen können und auch auf neue föderative Organisationsformen. Als problematisch empfindet Georgios VLANTIS (München) die Vorbereitung des Konzils, da sie weitestgehend ohne die Einbeziehung von Theologen und Laien stattfand. Laut Vlantis werden aber auch herausfordernde Themen der Moderne von den Konzilsvätern bewusst ausgeklammert und eine notwendige Auseinandersetzung gescheut. Alle drei waren sich jedoch einig, nun zunächst die Rezeptionsphase des Konzils abzuwarten.

Aristotle PAPANIKOLAOU (New York) diskutierte in seinem Vortrag die Kompatibilität zwischen der Orthodoxie und den westlichen Werten (Menschenrechten). Häufig werde der Begriff „Säkularität“ als ein Kampfbegriff missverstanden und die Trennung von öffentlicher und privater Sphäre nicht nachvollzogen. Stattdessen versuche man in den mehrheitlich orthodox geprägten Ländern, den Menschenrechten einen öffentlichen kirchlichen Wertekanon entgegenzustellen. Alexander AGADJANIAN (Moskau), dessen Skript von Vasilios N. Makrides verlesen wurde, ging konkret auf das zuletzt verabschiedete Dokument „Die Mission der Orthodoxen Kirche in der modernen Welt“ ein, das beim Konzil als Diskussionsgrundlage dienen wird. Dieses Dokument, das eine Vorgeschichte in den interorthodoxen vor-konziliaren Beratungen hat, weist nach Agadjanian in seiner letzten Form eine konservativere Richtung auf, die aller Wahrscheinlichkeit nach auf den Druck der russisch-orthodoxen Seite zurückzuführen ist. All dies zeige deutlich das noch spannungsvolle Verhältnis des Orthodoxen Christentums zur modernen Welt.

Welche Impulse und Folgen könnte das Panorthodoxe Konzil für die innerchristlichen Beziehungen haben? Pantelis KALAITZIDIS (Leuven / Volos) sieht diese Prozesse kritisch und derzeit kein Miteinander mit anderen christlichen Konfessionen auf Augenhöhe,



da der eigene Führungsanspruch innerhalb der orthodoxen Welt ungebrochen ist. Peter DE MEY (Leuven) blickte zunächst auf parallele Abläufe zwischen dem Vaticanum II und dem Panorthodoxen Konzil. Den Texten des vorkonziliaren Prozesses konnte er keine Hinweise auf eine gesamtchristliche Vereinigungsanstrengung entnehmen. Das Konzil sei in erster Linie als interorthodoxes Ereignis zu betrachten.

Zum Abschluss der Tagung ging es in einer weiteren Diskussionsrunde unter der Leitung von Anna BRISKINA-MÜLLER (Halle/S.) um die Wahrnehmung des Konzils aus Perspektive der anderen christlichen Konfessionen. Ivana NOBLE (Prag) und

Karl PINGGÉRA (Marburg) haben aus protestantischer Sicht keine konkreten Erwartungen an das Konzil. Es gehe dort um interorthodoxe Prozesse, um nach langer Zeit wieder Diskursebenen (Konziliarität) aus der eigenen Tradition zu entwickeln. Konkrete Gefahren eines orthodoxen Schismas machte Johannes OELDEMANN (Paderborn) aus. Die vorkonziliaren Verlautbarungen sind deutlich als Kompromisspapiere zu lesen, in denen die Spannungen zwischen Liberalen und Traditionalisten spürbar werden. Er sehe das Konzil deshalb auch in erster Linie als interorthodoxen Verständigungsprozess.



Sebastian Lentz

Medien, Politik und Gesellschaft Osteuropa und der Strukturwandel der Öffentlichkeit

Bericht: Elena Ammel und Jerzy Sobotta

Fotos: Angelika Stehle

Die Digitalisierung revolutioniert unsere Kommunikation. Sie führt zur globalen Verbreitung von Informationen in Echtzeit, schafft eine transnationale Öffentlichkeit und neue Formen der gesellschaftlichen (Selbst-)Organisation. Scheinbar mühelos ermöglicht sie die Überwindung gesellschaftlicher, politischer und territorialer Grenzen. Damit verbunden sei aber stets auch die Gefahr, die Orientierung zu verlieren, so Ruprecht POLENZ, Präsident der Deutschen Gesellschaft

für Osteuropakunde, in seiner Eröffnungsrede. Ein Kernproblem bestehe darin, den Wahrheitsgehalt von Informationen festzustellen. Gleichzeitig ist die Digitalisierung ein effektives Instrument staatlicher Kontrolle, Mobilisierung und Manipulation. Welche politischen und gesellschaftlichen Folgen hat dieser Strukturwandel der Öffentlichkeit in Ostmittel- und Osteuropa? Wie findet die öffentliche Meinungsbildung heute statt? Diese Fragen diskutierten die Teilnehmer der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde am 10. und 11. März in Mainz.

DGO-Jahrestagung
vom 10. bis 11. März 2016, Mainz

Die offene Gesellschaft und ihre Gegner. Zur Ideologie des neuen Antiliberalismus

Voraussetzung für freie Meinungsbildung und freie Meinungsäußerung ist eine pluralistische Gesellschaftsordnung. Sie bedürfen des Schutzes durch Recht und Gesetz und müssen einklagbar sein. Den Ausführungen des Politikwissenschaftlers Jan-Werner MÜLLER

(Princeton) zufolge sind diese Bedingungen in vielen ostmittel- und osteuropäischen Staaten nicht (mehr) erfüllt. In seinem Auftaktvortrag konstatierte er die Entstehung eines neuen Antiliberalismus und die Ausbreitung populistischer Regime. Die Machthaber dieser Regime machten einen Alleinvertretungsanspruch für „die Nation“ geltend und setzten das demokratische Prinzip des Pluralismus außer Kraft. Damit sei

die Demokratie als Gesellschaftssystem an sich infrage gestellt. Man habe es, so Müller, mit der Ausbreitung defekter Demokratien zu tun. Müller warnte davor, sie als „illiberal“ zu bezeichnen, da es ein unterschiedliches Verständnis von Liberalismus und Demokratie in Ost und

West gebe. Mit dem Ende der Sowjetunion sei es auch zum Bruch in der Selbstabgrenzung ehemals kommunistischer Regime gegenüber dem Westen gekommen. Seither werde der Westen nicht mehr als Inbegriff der Demokratie, sondern als Inbegriff des Liberalismus stilisiert. Wenn man nun die „illiberale Demokratie“ als neue Spielart des demokratischen Regierungsprinzips akzeptiere, spiele man den autoritären Machthabern in die Hände. Für den EU-kritischen ungarischen Präsidenten Victor Orbán etwa sei der Nationalstaat die höchste Ebene demokratischer Machtausübung. Supranationale Institutionen wie die Europäische Union seien hingegen liberal organisiert. Auf diese Weise, so Müller, würden Nationalismus und Anti-Europäismus verschmolzen und in den populistischen, anti-liberalen Diskurs eingefügt. Der moralisch aufgeladene Alleinvertretungsanspruch autoritärer Regierungen für ihre Nation führe zu einer offensiven Besetzung des (National-)Staates. Die Machthaber erklärten sich immun gegenüber jeglicher Kritik durch das Verfassungsgericht oder die Opposition.

Müller wies auf die Ambivalenz der neuen Kommunikationstechniken hin. Das Internet suggeriere die Möglichkeit, an demokratischer Willensbildung teilhaben zu können. Zwar erleichtere die digitale Kommunikation es, wie in Ägypten eine politische Revolution in Gang zu setzen. Die Einflussnahme auf einen Verfassungsprozess hingegen sei nicht möglich. Darüber hinaus nutzten die autoritären Regierungen und Populisten neben den klassischen auch die neuen Medien für ihre Propagandazwecke.

Das Netz und die offene Gesellschaft

Unter welchem Druck die traditionellen Medien stehen, verdeutlichte Stefan RAUE, Chefredakteur des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR). Da sei zum einen die ökonomische Krise, mit der vor allem die Printmedien zu kämpfen hätten. Die Diffamierung als „Lügenpresse“ betreffe alle Qualitätsmedien. Schließlich stellten auch Unternehmen wie Google und Facebook eine Gefahr für die etablierten Medien und eine qualitative Berichterstattung dar. Die schier unbegrenzte Informationsfülle im Internet führe zu einer „rastlosen Ratlosigkeit“, heraufbeschworen durch eine ungefilterte Datenflut. Die Menschen sehnten sich nach Ordnung und Struktur, *Facebook* und *Google* böten sie geradezu heilsversprechend an. Partizipationsversprechen für jedermann würden zwar propagiert, beschränkten sich in der Realität aber auf ein „Glöten ohne Teilnahme“. Die Monopolstellung von *Fa-*

cebook sei bedenklich, Ziel des Konzerns sei die Erstellung einer personalisierten Zeitung für alle Nutzer. Raue rief dazu auf, die Unternehmensstrategie von *Facebook* zu hinterfragen, die darin bestünde, einen „Echoraum“ zu schaffen, in dem dem Nutzer suggeriert werde, immer Recht zu haben. Man bestätige sich permanent gegenseitig, ohne dass die Informationssubstanz zunehme. Keineswegs könne eine derartige digitale Kommunikation mit der altgriechischen Agora gleichgesetzt werden. Bei *Facebook* bestehe keine Bindung zwischen Sender und Botschaft – ideale Voraussetzungen für die Verbreitung von Fehlinformationen, Gerüchten und Verschwörungstheorien. Die Gefahr, die von einer solchen „giftigen Gegenwelt“ ausgehe, in der Grautöne verschwinden und Informationen zunehmend auf Wahrheit oder Lüge verkürzt würden, sollte nicht unterschätzt werden. Raue regte an darüber nachdenken, ob im Netz eigene, basisdemokratische Strukturen aufgebaut werden können, die unabhängig von monopolistischen Anbietern existieren.

Einfluss von Politik, Wirtschaft und Recht auf die Medien in Ostmittel- und Osteuropa

Die fehlende Unterscheidung zwischen Staat und Gesellschaft sei eines der wichtigsten Strukturmerkmale der russischen Öffentlichkeit, so Sarah OATES von der Universität Maryland. Dies zeige sich an der Verflechtung von Staat und Medien sowie der weitgehenden Kontrolle des gesamten öffentlichen Raums durch die Exekutive.

Wie gestaltet sich unter diesem Vorzeichen die Arbeit der Rundfunk-, Zeitungs- und Onlinejournalisten? Entgegen der Außenwahrnehmung, so die Verlegerin Irina PROCHOROVA aus Moskau, sei das System Putin nicht monolithisch. Ohne freie Presse werde sich die Gesellschaft jedoch selbst immer rätselhafter. Geburtsstunde der unabhängigen Medien in der UdSSR sei der Samizdat gewesen. Er habe die Grundlage für das „goldene Zeitalter des Journalismus“ in den 1990er Jahren gelegt. Mit der Machtübernahme Wladimir Putins begann in den 2000er Jahren eine schleichende „Kremlinisierung der Medien“. Massenmedien wurden verstaatlicht, auf Journalisten wurde und wird Druck ausgeübt. Heute gebe es nur noch wenige unabhängige Informationsquellen in Russland. Die kleinen Journale und Zeitschriften, so Prochorova, würden dabei eine wichtige Rolle für das intellektuelle Leben einnehmen.

Regina von Flemming, 2006 bis 2015 Geschäftsführerin von Axel-Springer in Moskau, warnte davor,



Jan-Werner Müller



Stefan Raue

Präsident Putin und „den Kreml“ gleichzusetzen. Sie betonte, dass es viel bedeutender sei, welche Fraktion innerhalb des Regierungsapparates Ressorts kontrolliere. Putins Untergebene handelten häufig nicht auf direkten Befehl, sondern in vorauseilendem Gehorsam. Solange Wladislaw Surkow stellvertretender Leiter der Präsidentschaftsverwaltung war, habe es keinerlei Einmischung in die Arbeit der Redaktionen von *Forbes* und *Newsweek* gegeben. Auch vor russischen Gerichten verlor Axel-Springer während dieser Zeit nur zwei von mehreren Dutzend Gerichtsverfahren. Wjatscheslaw Wolodin hingegen, seit 2013 Amtsinhaber, sehe in den Medien lediglich ein Instrument zur Machtausübung. Um Fehler zu vermeiden und keine Angriffsfläche für Einschüchterung zu bieten, habe von Flemming früher bis zu fünfzehn Journalisten für einzelne investigative Reportagen angesetzt. Doch das habe nur bedingt geholfen – während der Ukraine-Krise etwa sei es auf den russischen Webseiten von Axel-Springer zu massiven Angriffen durch staatlich gesteuerte Internet-Trolls gekommen. Auch der politische und juristische Druck habe zugenommen. Als per Gesetz festgelegt wurde, dass der Anteil ausländischer Verlage an Medien nicht mehr als 20 Prozent betragen dürfe, entschied sich Axel-Springer zum Rückzug aus Russland. Auch viele Journalisten hätten sich inzwischen aus Russland zurückgezogen.

So auch Galina TIMCHENKO. Sie gründete im Oktober 2014 die russischsprachige Onlinezeitung *Meduza*,

nachdem sie ihren Posten als Chefredakteurin bei *lenta.ru* wegen kritischer Berichterstattung zur Ukraine-Krise im März 2014 verloren hatte. Der Sitz von *Meduza* befindet sich nun in Riga, um sich vor Repressionen zu schützen. Timchenko zufolge sei die Öffentlichkeit in Russland weitgehend gelähmt. Das zeige sich auch daran, welche Inhalte auf der Website von *Meduza* abgerufen würden. Die Leser wollten unterhalten werden, journalistisch hochwertige Artikel hingegen stießen auf Desinteresse und hätten nur niedrige Klickzahlen. Auch Werbekunden seien vorrangig an „Wohlfühlpresse“ interessiert, weshalb es sehr schwer sei, unabhängigen Qualitätsjournalismus zu finanzieren, so Timchenko.

Anders als in Russland stehe der Qualitätsjournalismus in der Ukraine nicht unter staatlichem Kuratel, sondern in Konkurrenz zu den Interessen der Oligarchen, so Kateryna IVANOVA vom Regional Press Development Institute aus Kiew. Die ukrainische Medienlandschaft sei von einem gefährlichen Pluralismus geprägt, der sich auf die Konkurrenz zwischen den von verschiedenen Oligarchen kontrollierten Medienhäusern beschränke. Um eine kritische Berichterstattung zu ermöglichen, seien in den letzten Jahren viele kleinere Zeitschriftenprojekte entstanden, die wachsenden Zuspruch fänden. Jedoch sei die Finanzierung ein großes Problem, viele Redaktionen seien auf die Förderung durch westliche Geber angewiesen.

Gänzlich anders ist die Lage in Polen. Seit dem



Vadim Makarenko, Regina von Flemming, Andreas Heinmann-Grüder, Sarah Oates

Regierungsantritt der PiS im November 2015 hat sich der Ton gegenüber den Medien jedoch deutlich verändert. Davon berichtete Bartosz WIELIŃSKI, Redakteur der *Gazeta Wyborcza* aus Warschau. Direkte politische Angriffe auf die *Gazeta Wyborcza* hätten zwar noch nicht stattgefunden, seien aber zu befürchten. Seinem Kollegen Vadim MAKARENKO zufolge habe es die polnische Regierung besonders auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk abgesehen, der nach wie vor hohe Einschaltquoten erzielt. Sie wolle die Berichterstattung beeinflussen und strebe eine direkte politische Kontrolle an. Offen sei im Moment, ob die Anteile ausländischer Unternehmen an privaten Medienkonzernen in Polen tatsächlich begrenzt werden sollten. Dieses Ziel verfolgten Teile der PiS, doch sei es europarechtlich nahezu unvorstellbar.

Zensur und Selbstzensur in Osteuropa

Obgleich es verschiedene Formen und Epochen der Zensur gebe, so Michael WÖGERBAUER, stellvertretender Direktor des Instituts für tschechische Literatur in Prag, sei die Kernfrage immer: Was ist das aktuelle kulturelle Projekt der Eliten, welche elementaren Werte sollen mit der Zensur verteidigt werden? Epochen- und

länderübergreifend gelte, dass nur jene Interventionen als Zensur wahrgenommen werden, die mit den Einstellungen der Rezipienten nicht übereinstimmen. Erfolgreiche Zensur sei somit jene, die nicht als solche erkannt werde. Wögerbauer grenzte die „liberale Zensur“, in der grundsätzlich jeder Text erlaubt sei und Restriktionen erst nach der Erstveröffentlichung griffen, von der „autoritären Zensur“ ab, bei der vor und nach der Veröffentlichung eingegriffen werde. Mit der Digitalisierung ändern sich die Zensurpraktiken. Der klassische Top-Down-Ansatz, in dem die Zensur als Institution etabliert ist, sei obsolet, so Vlad STRUKOV, außerordentlicher Professor für Film und Digitale Kulturen an der Universität Leeds und Direktor des Leeds Russian Center. Im digitalen Zeitalter greife die Machtvertikale nicht mehr, stattdessen habe sich eine horizontale Ordnung herausgebildet, in der sogenannte „Prosumer“ das Ruder übernehmen. Entstanden sei ein „Post-Broadcast-Media-System“. Um dieses zu analysieren, forderte Strukov eine neue Begrifflichkeit: etwa Post-Propaganda oder Post-Zensur. Zensur und Selbstzensur im Sinne eines ordnungsstiftenden Eingriffs in die Pressefreiheit fänden in Russland unter zwei Vorwänden statt, so Andrej SOLDATOV, Journalist und Mitbegründer der Website *agentura.ru*.



Irina Prochorova



Galina Timchenko, Gabriele Freitag, Irina Prochorova

Der erste sei die Überzeugung der russischen Eliten, dass der erste Tschetschenienkrieg durch ein Versagen der Medien verloren wurde. Im zweiten Tschetschenienkrieg hingegen habe die russische Führung die Technologien des Informationskriegs effektiv eingesetzt und den Sieg davongetragen. Der zweite offiziell angeführte Vorwand sei, dass alle Journalisten korrupt seien und deshalb kein Vertrauen verdienten. Soldatov zufolge imitiere Putin nicht das sowjetische Zensursystem. Sein Ansatz bestehe darin, Journalisten durch Repressionen einzuschüchtern. Investigativer Journalismus sei fast unmöglich. Die „Gewerkschaft der Journalisten“ ist den unter Druck geratenen Journalisten dabei keine Hilfe, da auch sie staatlich kontrolliert werde. Allein das Internet biete noch einen gewissen Freiraum. Dem Kreml gelinge es nicht, den Informationsfluss zu kanalisieren oder Kommunikationsplattformen wie *vkontakte* zu kontrollieren. Mithin biete es zumindest die Chance, so Soldatov, internationale Nachrichten zu finden und eigene Texte zu publizieren. Dass der Zugang zu internationalen Medien in Russland durchaus besteht, ist jedoch nicht gleichbedeutend damit, dass eine ausgewogene Meinungsbildung stattfindet. Für die Mehrheit der Russen, so Strukov, sei immer noch der *Erste*

Kanal die Hauptinformationsquelle. Vor diesem Hintergrund sei es besonders bedenklich, dass politische Propaganda und Zensur immer zusammen aufträten.

Die europäische Berichterstattung zum Krieg in der Ostukraine. Ein Vergleich.

Bei der Berichterstattung über den Krieg in der Ostukraine zeigten sich exemplarisch die Schwierigkeiten, mit denen Journalisten im Zeitalter der Informationsflut konfrontiert sind. Das Ideal einer seriösen Berichterstattung skizzierte Anna-Veronika WENDLAND vom Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung: Sie bestehe in der sorgsamsten Nutzung der Sprache, im Überprüfen von Quellen, in der Skepsis gegenüber Informanten und darin, die gebotene Distanz zu wahren. All dies benötigt Zeit, die im Wettrennen um die neueste Eilmeldung schnell geopfert werde – und mit ihr die Wahrheit. Das sei in der ersten Phase des Kriegs in der Ukraine geschehen. Die Verpflichtung auf ein journalistisches Ethos mache Journalisten angesichts der auf allen Kanälen verbreiteten Propaganda jedoch oft fast handlungsunfähig. In Deutschland sei die Qualität der Berichterstattung grundsätzlich sehr hoch.

Dies und die lange Tradition der Berichterstattung über Osteuropa seien gute Voraussetzungen für die Berichterstattung über den Krieg in der Ostukraine gewesen.

Für die polnischen Journalisten war der Krieg ein Selbstfindungsprozess. Pawel PIENIAŻEK zufolge sei es das erste Mal gewesen, dass er und seine Kollegen über einen Krieg berichteten, der die polnischen Interessen unmittelbar betrifft. Wegen mangelnder Standards zur Kriegsberichterstattung hatten viele Journalisten enorme Probleme, inmitten von Desinformation und Propaganda eine eigene, tragfähige Position zu entwickeln. In vielen Medien kam es zu Panikmache, die dazu führte, dass sich die Menschen in Polen nicht mehr sicher fühlten. Pieniżek bezeichnete den Krieg in der Ostukraine als wichtigen Impuls, neue Standards in der Berichterstattung zu erarbeiten.

Gustav GRESSEL vom European Council on Foreign Relations (ECFR) verglich die italienische, österreichische und britische Berichterstattung. Da es in Italien kein öffentliches Interesse an der Ukraine gebe, habe auch der Krieg kaum Aufmerksamkeit erregt. Die italienischen Korrespondenten säßen alle in Moskau, wodurch der Ton der Berichterstattung durchweg geprägt gewesen sei: „Was darf Russland? Was kann Russland? Was sind die russischen Ansprüche?“ Die Ukraine sei lediglich Objekt gewesen. Da es in Italien weder Ukraine-Experten noch eine ukrainische Community gebe, sei auch keine Debatte entstanden. Die österreichische Medienlandschaft zeichne sich durch einen starken Anti-Amerikanismus aus, der auf den Irak-Krieg 2003 zurückgehe. Diese ideologische Positionierung sei geradezu pathologisch, so Gressel. Sobald die NATO, der Westen und die USA Partei ergriffen, seien sie in Österreich grundsätzlich dem Vorwurf der Verschwörung ausgesetzt. Dieser Umstand habe auch die Berichterstattung über den Krieg in der Ukraine maßgeblich geprägt. Ganz anders stelle sich die Situation in Großbritannien dar, wo die Medienlandschaft sehr vielschichtig sei, zumal sie eng verbunden sei mit der amerikanischen und kanadischen. Infolgedessen sei auch die Berichterstattung über den Krieg in der Ostukraine sehr komplex gewesen.

Angesichts der Schwierigkeiten, die für Journalisten entstehen, wenn sie über einen hybriden Krieg berichten, stellt sich die Frage nach der Positionierung der Medien. Müssen sie, so Reinhard VESER von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, weil sie nicht anders können, Teil dieses Krieges sein? Sind die Medien in dieser Auseinandersetzung eine Kriegspartei? Gressel zufolge müssen die Medien bis zu

einem gewissen Punkt Partei ergreifen: Wenn sie sich hinter der Neutralität verschanzen, wäre auch das der Wahrheit nicht zuträglich. Zu unterscheiden, welche Information wahr ist und welche nicht, empfindet Pieniżek als größte Herausforderung. Die einzige Möglichkeit, der Wahrheit nahezukommen, bestehe darin, mit den Menschen vor Ort in Kontakt zu treten.

Enttarnung von Propaganda in Osteuropa

Die Medienpolitik des Kremls ziele vor allem darauf ab, Verwirrung und Misstrauen gegenüber dem Berufsstand der Journalisten zu stiften. Zu diesem Ergebnis kommt Evhen FEDCHENKO, Mitbegründer der Website *StopFake.org* und Direktor der Mohyla School of Journalism in Kiew. Heraufbeschworen werde eine Welt mit vielen Wahrheiten, in der nicht die Wahrheit, sondern die Unwahrheit einer Nachricht bewiesen werden müsste. Es solle dem Rezipienten unmöglich gemacht werden, die Wahrheit von der Lüge zu unterscheiden. Während des Ukrainekriegs sei diese Taktik verstärkt angewandt worden. Russland nutze diesen Krieg als Testfall, um die Technik zu vervollkommen. Ziel der Website *StopFake.org* sei es, die Hauptnarrative der russischen Propaganda herauszuarbeiten und die verzerrte Berichterstattung zu dekonstruieren. Bei der Analyse von über 500 Nachrichten hätten sich 18 Narrative ergeben, die verschiedenen „Propaganda-Abteilungen“ zugeordnet werden könnten. Auch ukrainische Medien würden unter die Lupe genommen. Allerdings seien 95 Prozent des untersuchten Materials russischen und nur 5 Prozent ukrainischen Ursprungs. Zielgruppe der Website seien vor allem jene Personen, die an der Glaubwürdigkeit der Medien zweifelten, jedoch nicht die Möglichkeit hätten, dies zu belegen.

Ingo MANNTEUFEL ist Leiter der Hauptabteilung Russland, Ukraine, Türkei sowie Leiter der Russisch-Redaktion bei der Deutschen Welle. Durch die seriöse Berichterstattung gelinge es der Deutschen Welle automatisch, die russische Propaganda zu enttarnen. So geschehen zum Beispiel im „Fall Lisa“: Durch die Ausstrahlung der Stellungnahme des deutschen Außenministers Frank-Walter Steinmeier habe die Deutsche Welle dem breiten russischen Publikum eine zweite Meinung zugänglich gemacht. Insbesondere bei der Darstellung der deutschen Perspektive auf die Entwicklungen in Russland (Rubrik „Oni o nas“ [dt.: Sie über uns]) verbuche die Deutsche Welle hohe Abrufquoten, so Mannteufel.



Alles Lüge? Berichterstattung zwischen Zerrbild und Abbild

Der ukrainische Journalist Jurij DURKOT sieht den aufrechten Journalismus vor immense Probleme gestellt. Angesichts der gezielten staatlichen Informations- und Desinformationspolitik könne man als Journalist nicht mehr die „Wahrheit in der Mitte“ suchen. Auch eine halbe Lüge bleibe eine Lüge. Auf längere Sicht werde die russische Propagandapolitik allerdings an Glaubwürdigkeit verlieren und sich dadurch selbst untergraben. In der Ukraine vertrauten bereits jetzt nur noch 10 Prozent den russischen Medien, wobei der Anteil im Osten des Landes (noch) erheblich höher sei, so Durkot. In der Ukraine gebe es keine Qualitätspresse für die breite Bevölkerung, auch der Ruf des Staatsfernsehens sei schlecht. Private Sender wiederum sähen ihren Auftrag lediglich in der Unterhaltung ihrer Zuschauer.

Die Bedingungen, unter denen in Deutschland die Berichterstattung zu Osteuropa stattfinden, sind

schlecht. Während der Regierungszeit Dmitri Medwedjews (2008–2012) sei das deutsche Interesse am postsowjetischen Raum deutlich zurückgegangen, so Anne GELLINEK, 2008 bis 2014 Leiterin des ZDF-Studios in Moskau. In der Folge seien viele Korrespondentenstellen abgebaut worden. Seit dem Krieg in der Ukraine ist das Interesse hingegen wieder sprunghaft gestiegen. Die verbliebenen Journalisten stehen unter dem Druck, den komplexen Konflikt sachgemäß darzustellen. Hinzu komme, so Gellinek, dass der Großteil der deutschen Bevölkerung keine von der medialen Berichterstattung unabhängige Vorstellung von Russland habe. Dies erschwere es, die politischen Nachrichten aus Moskau in einen größeren Kontext zu stellen. Der Mainzer Kommunikationswissenschaftler Christian SCHEMER gab zu bedenken, dass die Rezipienten nur dann eine differenzierte Meinung ausbilden können, wenn sie über ausreichend Vor- bzw. Hintergrundinformationen verfügten. Ist dies nicht der Fall, sei die Gefahr, Falschinformationen aufzusitzen, sehr groß. Die



Meinungsbildung könne dort am einfachsten politisch gelenkt werden, wo die Berichterstattung einseitig sei, so Schemer mit Blick auf Russland. Ungünstig wirkt sich dabei aber auch der von Gellinek ausgemachte allgemeine Trend aus, dass Themen zunehmend in kampagnenartigen Wellen von den Medien aufgegriffen würden. Ein großes Thema löse das andere ab. Dies steht dem Ideal einer ausgewogenen Meinungsbildung durch kontinuierliche Berichterstattung entgegen.

Unter dieser Entwicklung leidet insbesondere die Qualität der Printmedien. Die durch die Digitalisierung veränderten Marktbedingungen führten zu einem hohen

Wettbewerbsdruck, so Gemma PÖRZGEN, freie Journalistin aus Berlin. Während die Qualität der Berichterstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sehr solide sei, habe die Regionalpresse einen regelrechten Niedergang erlitten. Damit gehe einher, dass Journalisten ihre Leser nicht mehr kennen und Schwierigkeiten hätten, ihnen gewisse Themen näher zu bringen. Dies, so Pörzgen, führe im Fall Russlands zu dem Paradox, dass trotz der verhältnismäßig guten Berichterstattung in den deutschen Zeitungen in der Öffentlichkeit die Meinung weit verbreitet sei, dass das Bild von Russland verzerrt sei.

Polen, die PiS und das Recht

Bericht: Nina Krienke

Fotos: Ansgar Gilster

Polen, bis vor kurzem noch Musterbeispiel europäischer Integration in Ostmitteleuropa, ist seit den Wahlsiegen der Partei *Prawo i Sprawiedliwość* (PiS, Recht und Gerechtigkeit) zum Krisenfall geworden. Ihre neue Regierungsverantwortung nutzt die PiS für umfassende Veränderungen des polnischen Institutionensystems; neben der Entmachtung des Rundfunkrates und Massentlassungen bei öffentlich-rechtlichen Medien und im Öffentlichen Dienst geriet vor allem die Neuordnung des polnischen Verfassungsgerichts über die Grenzen des Landes hinaus in die Schlagzeilen. Das polnische Verfassungsgericht selbst befand das Gesetz, das dieser Neuordnung zugrunde liegt, für verfassungswidrig. Die „Venedig-Kommission“ des Europarates sieht in der Reform eine Gefahr für Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte in Polen. Die Regierung und die Parteiführung der PiS, allen voran der Vorsitzende Jarosław Kaczyński, ignorieren diese Urteile demonstrativ. Die Respektlosigkeit der PiS im Umgang mit rechts-

staatlichen Prinzipien und der Rückhalt, den die EU-skeptische Partei gleichzeitig in der polnischen Bevölkerung zu genießen scheint, werfen Fragen über die politische Kultur Polens und über die Bedeutung der Entwicklungen in Polen für die Europäische Union auf.

Ein grundsätzliches Problem der letzten 25 Jahre sei die Entfremdung der politischen Eliten, insbesondere der Judikative, von der polnischen Bevölkerung,

so die Beobachtung von Ewa ŁĘTOWSKA, ehemalige polnische Verfassungsrichterin und Professorin für öffentliches Recht aus Warschau. Die Transformation des polnischen Rechtssystems nach 1989 sei der breiten Gesellschaft nicht verständlich gemacht worden. Die Volksferne der polnischen Eliten bilde den Nährboden für den Erfolg der sich volksnah gebenden PiS. Das in der polnischen Verfassung

festgeschriebene Prinzip der Inklusivität sieht Łętowska durch die verfassungswidrigen Reformen der PiS gefährdet. Die PiS propagiere durch die demonstrative Missbilligung des bestehenden Rechtsstaats einen Doppelstandard für Recht und Gerechtigkeit.

Podiumsdiskussion am 7. April 2016, Berlin



Ewa Łętowska, Marta Bucholc, Manfred Sapper, Piotr Buras

Eine Außerkraftsetzung der Allgemeingültigkeit öffentlichen Rechts in der Gesellschaft befürchtet derzeit auch die Soziologin und Rechtswissenschaftlerin Marta BUCHOLC. Aus der Anomie wieder zur Rechtsstaatlichkeit zurückzukehren, könne in Zukunft zu einer schwierigen Aufgabe für die polnische Gesellschaft werden. Die PiS-Befürworter vertreten laut Bucholc ein exklusives Verständnis von Nation. Jeglicher postkommunistischer Regierungstradition des Transformationslandes Polen werde dabei die Legitimität abgesprochen, während eine neue nationale Identität durch Bezugnahme auf historische Klischees und Abgrenzung aufgebaut werde. Auf diese Weise schaffe sich die Anhängerschaft der PiS einen eigenen diskursiven Rahmen, der sich von der allgemeinen öffentlichen Diskussion in Polen abkoppelte.

Der Politologe und Journalist Piotr BURAS macht die bisherigen Unzulänglichkeiten des polnischen Staates verantwortlich für die derzeitige Wende in der polnischen Politik. Während die wirtschaftliche Entwicklung Polens gemeinhin als Erfolgsgeschichte gelte, gebe es bspw. in den Bereichen Rechtssicherheit, Familien- oder Gesundheitspolitik in Polen durchaus

Probleme, die bisher zu wenig beachtet worden seien. Viele Beobachter, ob nationale oder internationale, seien wie selbstverständlich davon ausgegangen, dass sich Polen dem westlichen Regierungs- und Wirtschaftsmodell annähern werde. Die damit einhergehenden Probleme seien dabei jedoch vielfach übersehen worden. Gerade im Kontext des Erstarkens rechtspopulistischer Parteien in der ganzen EU sei es daher nun für Kaczyńskis Partei besonders einfach, sich als zukunftsgerichtete Kraft eines neuen europäischen Mainstreams zu profilieren.

Wie es mit Polen weitergeht, das hängt für die Diskussionsteilnehmer maßgeblich davon ab, ob es den der PiS gegenüber kritischen Gruppierungen der polnischen Gesellschaft gelingt, die derzeit stark polarisierte Debatte ausdifferenzieren und einen Rahmen für eine konstruktive öffentliche Diskussion zu schaffen. Die Europäische Union befindet sich derzeit in einer äußerst schwierigen Verfassung. Ob und wie sie ihre Krise überwinden kann, das wird sich wohl auch in ihrem Umgang mit der EU-Skepsis in Polen zeigen.





Sebastian Stude

„Keinerlei gesundheitliche Gefährdungen“ Tschernobyl, die Stasi und die Rolle der Umweltbewegungen

Bericht: Nina Krienke

Fotos: BStU/Griebe

„Tschernobyl wirkt überall“ – unter diesem Leitsatz protestierten nach der Reaktorkatastrophe im Jahr 1986 immer mehr Menschen gegen die desolate Umweltpolitik der SED. Die Staatssicherheit verfolgte die Aktivisten zunächst argwöhnisch. Auch in den betroffenen Republiken der Sowjetunion und in den benachbarten osteuropäischen Staaten reagierte die Geheimpolizei auf Proteste aus der Bevölkerung repressiv. Bewirkte Tschernobyl eine Mobilisierung für die Ökologiebewegung in der DDR und Osteuropa? Wie stand es um die politisierende Kraft der Umweltgruppen, wie definieren sie sich heute? Und wie reagierten die sozialistischen Staatsapparate auf den „anthropologischen Schock“ Tschernobyl?

Wie die westdeutsche Öffentlichkeit erfuhren auch die DDR-Regierung und die Staatssicherheit von dem Reaktorunfall nahe der ukrainischen Kleinstadt Prypjat

im April 1986 erst Tage nach der Katastrophe. Die Hilflosigkeit der Situation gegenüber lähmte, so Sebastian STUDE, Mitarbeiter des BStU, zunächst auch das

Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR. Viele DDR-Bürger erfuhren über westliche Medien von dem Reaktorunfall, sodass die staatliche Strategie der Desinformation weitgehend ins Leere lief. Kurzzeitig konnten die bereits seit den frühen 1980er Jahren existierenden Umweltgruppen so mehr Menschen für ihre Sache mobilisieren als zuvor. Der Effekt der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl sei aber, so Stude weiter, nur ein Impuls ohne nachhaltige Breiten- und Tiefenwirkung für die ostdeutsche Ökologiebewegung geblieben.

Ähnlich argumentierte der Physiker und Friedensforscher Sebastian PFLUGBEIL. Die Risiken der Atomenergie seien bis zum Frühjahr 1986 kaum bekannt gewesen, eine öffentliche Diskussion darüber habe aber auch nach der Katastrophe kaum stattgefunden.

Podiumsdiskussion am 20. April 2016, Berlin

In Kooperation mit dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) und dem Internationalen Bildungs- und Begegnungswerk (IBB).



Gabriele Freitag, Thorben Becker, Anna Veronika Wendland

den – auch infolge der spärlichen Informationslage. Die Schuld für die Katastrophe sei im Osten wie im Westen der maroden russischen Technik des Kraftwerks von Tschernobyl zugeschrieben worden.

Die Atomindustrie der DDR unterlag strengster Geheimhaltung. Arbeiter in Kernkraftwerken der DDR hätten unter dauerhafter Beobachtung des MfS gestanden, so Manfred HAFERBURG, ehemaliger Ingenieur für Maschinenbau am Kernkraftwerk Bruno Leuscher bei Greifswald. Vorschläge, etwa zur Erhöhung der Sicherheit der Anlagen, seien grundsätzlich abgelehnt worden. Einen technischen oder wissenschaftlichen Austausch über die Risiken der Kernenergie habe es nicht gegeben.

Christian HALBROCK, DDR-Umweltaktivist und heute Mitarbeiter des BStU, wies darauf hin, dass bereits vor Tschernobyl eine Aufbruchsstimmung innerhalb der ostdeutschen Umweltbewegung geherrscht habe. Die Katastrophe von 1986 habe lediglich dazu geführt, dass die Atomenergie zu einem wichtigen Thema für die Aktivisten geworden ist. Eine breite, politisch wirksame Anti-AKW-Bewegung sei jedoch nicht entstanden.

Selbst in der ukrainischen Umweltbewegung habe es keine breite Diskussion ökologischer Themen nach dem Reaktorunfall gegeben, so Anna Veronika WENDLAND vom Herder-Institut für Ostmitteleuropaforschung in Marburg. Vor der Katastrophe habe die

Atomenergie angesichts der Kohle- und der extensiven Wasserenergienutzung in der Ukraine sogar als Chance zur sauberen Energieproduktion gegolten. Der Unfall sei eher als Illustration der systemischen Probleme der Sowjetunion wahrgenommen worden und habe den jungen nationalistischen Bewegungen in der Ukraine und Osteuropa Aufwind gegeben. So lasse sich auch der plötzliche Umschwung vormaliger Atomkraftgegner nach dem Zerfall der Sowjetunion erklären: Kernkraftwerke, die sich unter nationaler Verwaltung befanden, waren Ausdruck für den Aufbau souveräner, von Russland unabhängiger Volkswirtschaften.

Thorben BECKER vom BUND bekräftigte diese Einschätzung auch für die von ihm beobachteten ökologischen Bewegungen in Ungarn und Tschechien. Gleichzeitig stellte er in neuerer Zeit eine Orientierung ostmitteleuropäischer Umweltbewegungen an den rechtsstaatlichen Möglichkeiten der EU zur Verhinderung von AKW-Neubauten fest.

In Deutschland und auch in den ostmitteleuropäischen und baltischen Staaten innerhalb der EU, so die allgemeine Einschätzung, sei in den nächsten Jahren keine Renaissance der Atomenergie zu erwarten. Nach der Havarie des Kraftwerks von Fukushima sei mit dem deutschen Atomausstieg ein nachhaltiger Politikwechsel vollzogen worden.

Deutschland und Zentralasien: Interessen und Erwartungen

Bericht: Rebekka Pflug

Fotos: Hanna Lipnitskaya/Ost-Ausschuss

Im Jahr 2007 verabschiedete die Europäische Union die Zentralasienstrategie. An der Ausarbeitung dieser Strategie war Deutschland maßgeblich beteiligt. Deutschland engagiert sich seit mehr als 20 Jahren in den zentralasiatischen Staaten. Sowohl auf der politischen Ebene wie auch in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur haben sich viele Kontakte entwickelt. Dennoch gibt es immer wieder Klagen über ein geringes deutsches Interesse an Zentralasien und Kritik am politischen und wirtschaftlichen Engagement.

Europäische und deutsche Zentralasienpolitik

Nach wie vor werden alle fünf zentralasiatischen Staaten autoritär regiert. Die Erwartung, dass es infolge der Zentralasienstrategie zu signifikanten Veränderungen im politischen System in einem oder mehreren der Länder kommt, wurde

enttäuscht. Gleichwohl sei die autoritäre Staatsführung unterschiedlich stark ausgeprägt, wie Sebastian SCHIEK (Stiftung Wissenschaft und Politik) darlegte. Er führte

dies darauf zurück, dass die Anerkennung des Regimes durch die jeweilige Bevölkerung unterschiedlich stark ausgeprägt sei. Je höher die Anerkennung sei, desto weniger seien die Regierungen auf Repression angewiesen, so Schiek. Ursache für die Enttäuschung auf Seiten der Europäischen Union sei die Annahme, dass man Demokratie und gute Regierungsführung exportieren könne. Schiek wies darauf hin, dass die Implementierung dieser Werte jedoch kein Automatismus sei. Wichtige Bezugspunkte von Zentralasien seien Russland und China. Die EU habe keinen nennenswerten Einfluss auf die Region, so

Schiek. Dass weder Russland noch China Interesse an der Demokratisierung Zentralasiens haben, liegt auf der Hand. Den Chinesen gehe es im Wesentlichen um den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen, wie Beate

Tagung am 31. Mai 2016, Berlin

In Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), der Forschungsstelle Osteuropa (FSO) an der Universität Bremen, dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und den Zentralasien-Analysen.



Beate Eschment

ESCHMENT (Zentralasien-Analysen) betonte. Auch sie warnte vor falschen Erwartungen. Diese resultierten vor allem aus der jeweiligen Unkenntnis der politischen Strukturen der EU auf der einen sowie der zentralasiatischen Staaten auf der anderen Seite. Es sei Geduld erforderlich, bis Veränderungen in den politischen Systemen Zentralasiens auch sichtbar werden würden.

Die Zentralasienstrategie der Europäischen Union definiert Rechtsstaatlichkeit, Bildung und den Umweltschutz als wichtige Felder der Zusammenarbeit. Voraussetzung für Fortschritte in diesen Bereichen sei die gute Regierungsführung, so Christine ROSENBERGER (Auswärtiges Amt). Diese gehöre daher zu den Schwerpunktthemen des deutschen OSZE-Vorsitzes im Jahr 2016. Wichtige Aspekte seien der Kampf gegen die Korruption und die Verbesserung der Investitionsbedingungen. All dies dient dem wichtigsten Interesse sowohl der EU wie auch Deutschlands: der Stabilität Zentralasiens. Das betrifft insbesondere die Länder, die an Afghanistan grenzen: Turkmenistan, Usbekistan und Tadschikistan. Bei der Bekämpfung von Terrorismus, Drogenhandel und religiös motivierter Radikalisierung setze sich die Bundesregierung für eine enge internationale Zusammenarbeit mit den Ländern Zentralasiens ein, so Rosenberger. Bei der Überprüfung der Strategie in diesem

Jahr habe Deutschland für eine stärkere Differenzierung der Zusammenarbeit mit den einzelnen Ländern plädiert. Diese Entscheidung begrüßte Hugh WILLIAMSON (Human Rights Watch). Er hält es für richtig, die zentralasiatischen Länder getrennt voneinander zu betrachten und zu behandeln. Gleichzeitig verwies er darauf, dass Deutschland durchaus mehr politischen Willen bei der Durchsetzung von Menschenrechten zeigen könne.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit: Hemmnisse und Potentiale

Im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit haben sich deutsche Unternehmen nach dem Zerfall der Sowjetunion auch in den fünf zentralasiatischen Staaten stark engagiert. Das Interesse und Engagement habe jedoch alsbald nachgelassen, wie Eduard KINSBRUNNER (Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft) darlegte. Schuld daran seien die schlechten Rahmenbedingungen in den zentralasiatischen Ländern, insbesondere die Nichteinhaltung von Gesetzen und Regeln. Kinsbrunner führte aus, dass sich deutsche Firmen vorwiegend auf den Handel konzentrierten, weniger auf Investitionen. Zwar bemühe sich etwa die usbekische Regierung um die Verbesserung des Investitionsklimas, dennoch gebe



Hugh Williamson, Volker Weichsel



Frank Weisig

es nach wie vor eine Reihe von Handelshemmnissen, die verhindern, dass das Potenzial der Handelsmöglichkeiten mit Usbekistan voll genutzt werden könne. Eine Möglichkeit, das Investitionsklima zu verbessern, sei Axel BOMMERSHEIM (Commerzbank) zufolge eine stärkere Präsenz deutscher Unternehmen und Banken in Zentralasien. Unterstützt werden die deutschen Unternehmen vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Frank WEISIG vom BMWi bezeichnete die Region als Zukunftsmarkt. Das BMWi habe Auslandsprogramme, mit deren Hilfe Investitionen gefördert und deutsche Wirtschaftsdelegationen unterstützt werden. Wichtig sei gleichzeitig auch die Förderung des wirtschaftlichen Potentials vor Ort. Besonders jungen, gut ausgebildeten Zentralasiaten müssten Anreize geschaffen werden, in der Region zu bleiben, so Bommersheim.

Den Arbeitsmarkt in Zentralasien zu verbessern, habe sich auch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zum Ziel gesetzt. Wichtige Themen hierbei seien, so Marion EDEL, die Armutsbekämpfung und die Nachhaltigkeit. Das BMZ strebt dabei die Stärkung der regionalen Zusammenarbeit der Länder in diesen Bereichen an.

Zentralasien: Zum Stand der Regionalforschung

Das Thema Nachhaltigkeit treibt auch die Wissenschaft um. Ingeborg BALDAUF, Professorin am Institut für Asien- und Afrikawissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin, beklagte die inzwischen übliche Praxis der Wissenschaftsförderung in Form von Projektförderung. Diese sei per definitionem kurzfristig und

verhindere die nachhaltige Beschäftigung mit größeren Themenkomplexen. Dadurch gehe der Wissenschaft zu viel Potential verloren, sowohl inhaltlich als auch personell. Nachwuchswissenschaftler, die nur auf Basis von Fördermitteln angestellt werden können, würden die wissenschaftliche Beschäftigung mit Zentralasien häufig zugunsten fester Arbeitsverhältnisse aufgeben. Ein weiterer schlechter Trend sei, dass die Stiftungen Forschungsaufträge an schlecht ausgebildete Wissenschaftler vor Ort vergabe, statt ihnen eine qualitativ hochwertige Ausbildung in Europa zu finanzieren, so Baldauf. Sie bezeichnete dies als Bangladeschisierung der Wissenschaft und forderte eine institutionalisierte Förderung der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Zentralasien. Derzeit gebe es nur drei ordentliche Professuren, deren Institute Zentralasien auch nominell im Titel führten. Insofern sei es ein Erfolg, dass die Gründung des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien erfolgreich angestoßen worden sei, da Zentralasien hier zum Forschungsgegenstand dazugehöre.

Auch die Zentralasien-Analysen sind ein wichtiger Bestandteil der regelmäßigen Berichterstattung über aktuelle politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklungen in den fünf zentralasiatischen Ländern. Die Tagung fand anlässlich des Erscheinens der 100. Ausgabe der Zentralasien-Analysen statt. Kooperationspartner der Tagung waren die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (FSO), der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (OA) sowie die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ).

Ukraine: Economic Reforms and Foreign Affairs

Bericht: Rebekka Pflug

Foto: Ulrike Sapper

Seit dem Sturz von Wiktor Janukowitsch aus dem Präsidentenamt im Februar 2014 haben die Abgeordneten des ukrainischen Parlaments, der Werchowna Rada, viele Reformgesetze erarbeitet und verabschiedet: u. a. zur Dezentralisierung der Verwaltung, zur Korruptionsbekämpfung, zum Beschaffungswesen, zur Parteienfinanzierung, zum Umbau des Beamtenwesens, zur Modernisierung der Hochschulbildung, zur Reformierung der Polizei oder zur Neugestaltung des öffentlichen Rundfunks. Im Juni 2016 schließlich trat die Reform des Justizwesens in Kraft. Die Mehrheit dieser Reformen muss sich in der Praxis erst noch bewähren. Viele Gesetze existieren bisher nur auf dem Papier. Die Regierung unter Premierminister Arsenij Jazenjuk sah sich dem Vorwurf ausgesetzt, die Reformpläne massiv zu behindern. Im April 2016 trat Jazenjuk zurück.

Bereits im Februar ist Aivaras ABROMAVICIUS von seinem Amt als Wirtschaftsminister der Ukraine zurückgetreten, das er seit 2014 innehatte. Abromavicius, ehemaliger Finanzmanager und Hoffnungsträger der Reformer, gehört zu den Kritikern Jazenjuks. Er fordert

die Neubesetzung aller Ministerämter. Ursache für den Reformstau, so Abromavicius, sei die Tatsache, dass noch immer die alten Eliten die Geschicke des Landes (mit-)bestimmen würden. Dass der Austausch der Eliten nicht so einfach ist, hat verschiedene Gründe. Zu ihnen gehören, dass die Gehälter im Öffentlichen Dienst sehr viel schlechter sind als in der freien Wirtschaft. Außerdem habe der Dienst am ukrainischen Staat ein sehr

schlechtes Image, wie Hanna HOPKO berichtete, Abgeordnete der Werchowna Rada und Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses. Sie arbeitete vor ihrem Wechsel in die Politik im NGO-Sektor, wo sie ein Vielfaches ihres jetzigen Einkommens erhielt. Hopko sprach davon, dass sich die ukrainische Gesellschaft in einem Paradigmenwechsel befinde: weg von

der staatlichen Fremdverwaltung, hin zur Eigenverantwortlichkeit. Aus diesem Grund berühre der Fortgang der Reformen die Bevölkerung unmittelbar. Sichtbare politische Erfolge seien maßgeblich für einen nachhaltigen Wandel in der politischen Kultur der Ukraine. Dafür

Podiumsdiskussion
am 23. Juni 2016, Berlin

In Kooperation mit dem
Deutsch-Ukrainischen
Forum e. V.



Andreas Peschke, Hanna Hopko, Gabriele Freitag, Aivaras Abromavicius

sei auch weiterhin politischer Druck von außen wichtig, so Abromavicius und Hopko. Das größte Reformhinderung ist die auf allen Ebenen der Gesellschaft verbreitete Korruption. Während seiner Amtszeit habe Abromavicius daher das Personal im Wirtschaftsministerium konsequent ausgetauscht: 700 Personen seien entlassen, 250 neue Mitarbeiter eingestellt worden.

Andreas PESCHKE, Beauftragter für Osteuropa, den Kaukasus und Zentralasien im Auswärtigen Amt, wies auf die enge bilaterale Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Ukraine hin. Die Bundesregierung unterstütze die Ukraine bei der Durchführung von Reformen. Auch hinsichtlich des Minsker Abkommens nehme Deutschland seine besondere Verantwortung ernst. Die am 12. Februar 2015 in „Minsk II“ vereinbarten Maßnahmen sind bis heute nicht vollständig umgesetzt worden. Die vereinbarte Waffenruhe wird immer wieder unterbrochen, Beobachter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) berichten immer wieder von Gefechten. Schwere Waffen wurden nicht abgezogen, Regionalwahlen konnten nicht durch die Ukraine organisiert werden. Hopko hat dem Minsker Abkommen bei der Abstimmung in der Werchowna Rada zugestimmt, woraufhin sie mit vier weiteren Abgeordneten aus ihrer Fraktion (*Samopomitsch*, dt.: Selbsthilfe)

ausgeschlossen wurde. Sie habe mit der Zustimmung die Hoffnung verbunden, dass sich die Lage in der Ukraine beruhige und sich die Abgeordneten auf die Reformen konzentrieren könnten. Obgleich das Minsker Abkommen nicht perfekt sei, so sei es doch die einzige schriftliche Vereinbarung, die derzeit existiere, so Hopko und Peschke übereinstimmend, um den Konflikt auf diplomatischem Weg zu lösen. Der Reformprozess ist mühsam und zäh. Die Diskutanten auf dem Podium stimmten jedoch darin überein, dass es trotz aller Widrigkeiten auch schon einige Erfolge gebe. Besonders hervorzuheben sei etwa die Reformierung des Bankensektors und die Deregulierung der Märkte, so Abromavicius. Der nächste Schritt zur Stärkung der ukrainischen Wirtschaftskraft müsse die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit ukrainischer Unternehmen sein. Der Fortgang des Reformprozesses unter dem neuen Premierminister Wolodymyr Groisman funktioniere Abromavicius zufolge gut. Zu den wichtigsten außenpolitischen Zielen gehört die Befreiung der Ukrainer von der Visumpflicht für den Schengen-Raum. Hopko brachte die Enttäuschung der Ukrainer über die vielen Verzögerungen in dieser Angelegenheit zum Ausdruck. Die Abschaffung der Visumpflicht für die Ukrainer sei, so Hopko, mehr als nur ein „symbolischer Akt“, als den Peschke sie bezeichnete.





DGO
Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

DGO-Jahrestagung 2016
Foto: Angelika Stehle

Impressum

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e. V.
Schaperstr. 30
10719 Berlin

Geschäftsführung:
Dr. Gabriele Freitag
T 049 (0) 30 214 784 12
F 049 (0) 30 214 784 14
E info@dgo-online.org
www.dgo-online.org

Redaktionsschluss: 18.7.2016

